

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Freitag, den 19. August zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie war von weit über hundert Abgeordneten besucht. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden der Partei, dem Abgeordneten Wels, mit einem Rückblick auf den Wahlkampf eröffnet. Die Entartung des politischen Kampfes habe in unseren Reihen nicht nur zahllose Tote gefordert, auch hunderte aufrechter Kämpfer wurden auf das Krankenbett geworfen, viele andere sind vor den Strafrichter geführt. Unser erstes Wort gelte darum allen Kämpfern, die sich mit ihrem Herzblut für unsere grosse Sache eingesetzt und für sie Opfer ohne Zahl gebracht haben. Zu Ehren der im Kampfe für Demokratie und Sozialismus gefallenen Opfer hatten sich die Fraktionsmitglieder von ihren Plätzen erhoben.

Wels erinnerte auch an die wertvolle Arbeit der 25 Fraktionsmitglieder, die der neuen Fraktion nicht mehr angehören. Er begrüßte die 22 neuen Mitglieder, die fast ausnahmslos den jüngeren Jahrgängen angehören, ein Beweis dafür, dass die Sozialdemokratie auch in dieser Beziehung den Erfordernissen der Zeit Rechnung trage. Die Neuwahl des Vorstandes der Fraktion soll in der Sitzung vorgenommen werden, die der Eröffnung des Reichstags am 30. August vorangeht.

Wels gab hierauf einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage seit der Reichstagswahl. Die Regierung Papen habe auf allen Gebieten Misserfolge erzielt, trotz ihres Entgegenkommens an die Nationalsozialisten sei ihr die verantwortliche Heranziehung der "aufbauwilligen Kräfte" nicht gelungen. Mehr denn je drohe die Gefahr eines Verfassungskonfliktes. Ihn abzuwenden sei die dringende Aufgabe der gesamten sozialistischen Arbeiterklasse. Alle Kräfte müssten im Kampf gegen das gegenwärtig im Reiche herrschende System eingesetzt werden.

Im Anschluss daran erörterte Abg. Dr. Hertz die Anträge und Gesetzentwürfe, die die Sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorlegen wird. (Wir geben diese Anträge an anderer Stelle wieder). Unter diesen Anträgen hätten die Anträge auf Umbau der Wirtschaft die grösste Bedeutung. Sie seien nicht als Demonstrationsanträge aus der augenblicklichen Oppositionsstellung heraus anzusehen, sie entsprächen vielmehr der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation, die ganz neue und günstigere Voraussetzungen für eine schnellere Umwandlung zum Sozialismus geschaffen haben, als sie jemals früher bestanden. Die Anträge auf Sicherung der Existenz der notleidenden Schichten, sowie die dazugehörigen Deckungsvorschläge (Steuerumbau und Schaffung von Staatsmonopolen) zeigten die Wege auf, die gegenwärtig zur Linderung der Not und zur Behebung der Wirtschaftskrise beschrritten werden müssten.

Nach einer kurzen Aussprache wurden die Anträge und Gesetzentwürfe einmütig gebilligt. Darunter befinden sich auch Anträge, die der Reichsregierung gemäss Artikel 54 der Reichsverfassung das Vertrauen entziehen und die Aufhebung der von ihr erlassenen Notverordnungen verlangen.

SPD. Hanau, 19. Au g. (Eig. Drahtb.)

Von dem Hanauer Schöffengericht wurde ein SA-Mann, der wegen Widerstandes, Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung bereits wiederholt vorbestraft ist, wegen tätlichen Angriffs auf einen Polizeiwachtmeister zu $2\frac{1}{2}$ Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein dem Hanauer Gericht sehr bekannter Nationalsozialist namens Stau-bitz, der sich einen gewissen Namen dadurch verschafft hatte, dass er einen kommunistischen Überfall auf sich selbst fingiert hatte, stand wegen wiederholter Betrügereien vor dem Gericht. Erst vor wenigen Tagen hatte der Angeklagte ein Jahr Gefängnis wegen Rentenbetruges erhalten. Er wurde jetzt

wieder zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er eine Reihe von weiteren Betrügereien verübt hatte.

SPD. Frankfurt/Main, 19. Aug. (E. Db.)

Auch in Frankfurt/M. beginnt die Serie politischer Prozesse wegen der Zusammenstöße der letzten Wochen und Monate mit Verfahren gegen Reichsbannerleute und Kommunisten, während die Vorbereitungen zu der Verhandlung über ein nationalsozialistisches Sprengstoffattentat und andere Delikte der Ha= kenkreuzler zum Teil seit vielen Monaten verzögert werden.

Ein Reichsbannermann erhielt die ausserordentlich harte Strafe von 6 Monaten Gefängnis, weil er im Juni nationalsozialistische Schimpfworte mit einigen Schlägen beantwortet haben soll. Der Nachweis seiner Tat glückte umso weniger, als die nationalsozialistischen Belastungszeugen auf mehrere Unwahrheiten festgelegt wurden.

Ferner erhielt ein junger Kommunist 5 Monate Gefängnis wegen Misshandlung eines früheren Kommunisten, der unterdessen zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten war. Wegen Landfriedensbruch und Vergehens gegen das Schusswaffengesetz erhielt ein Kommunist 8 Monate und zwei weitere kommunistische Angeklagte je 6 Monate Gefängnis, weil sie bei einer Schlägerei, die von Nazis provoziert war, in dem Frankfurter Vorort Fechenheim am 31. Juli im Besitz von Revolvern betroffen wurden.

SPD. Schwerin, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Am Freitag mittag um 2 Uhr wurde von mehreren Nazis ein Überfall auf die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung "Das freie Wort" verübt. Nachdem ein Nazi-Mädchen sich vorher vergewissert hatte, dass nur der Geschäftsführer Küken sich zur Bedienung im Laden befand, kamen drei SA-Leute herein und provozierten und schimpften solange, bis sie zum Hinausgehen aufgefordert werden mussten. Beim Verlassen des Ladens zertrümmerte einer von ihnen die Scheibe in der Tür. Auf der Strasse griffen die vier Nazis Küken tötlich an. Ein herbeigerufener Polizeibeamter konnte sie noch gerade daran hindern, den Geschäftsführer auf der Strasse niederzuschlagen. Die Person des einen SA-Mannes wurde festgestellt. Es handelt sich um einen zurzeit in dem Nazi-Dorado Mecklenburg weilenden sächsischen Nationalsozialisten!

Das ist bereits der dritte Überfall der Nationalsozialisten auf die sozialdemokratische Zeitung. Die mecklenburgische Naziregierung hat wahrhaft Ordnung geschaffen.

SPD. Stuttgart, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Frau Dr. Jakobowitz-Kienle, gegen die in Gemeinschaft mit dem Arzt und Dichter Dr. Friedrich Wolf bekanntlich eine sehr umfangreiche gerichtliche Untersuchung wegen zahlreicher Verfehlungen gegen den § 218 des Reichsstrafgesetzbuches schwebt, hat, wie das "Stuttgarter Neue Tagblatt" aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, in Frankreich, wo sie sich zurzeit aufhält, einen Amerikaner kennen gelernt, mit dem sie sich zu verheiraten gedenkt. Danach wird sie Europa den Rücken kehren und nach Amerika auswandern.

Wie das Blatt weiter mitteilt, dürfte diese Tatsache, zumal für die in Frage kommenden strafbaren Handlungen keine Auslieferungsbestimmungen bestehen, das Ende des Prozesses Wolf-Kienle überhaupt bedeuten. Der Prozess kann gegen Dr. Wolf allein kaum durchgeführt werden, nachdem feststeht, dass die ihm zur Last gelegten Handlungen in engerer Verbindung mit der ärztlichen Tätigkeit von Frau Dr. Kienle standen.

SPD. Breslau, 19. Aug. (Eig. Ber.)

Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Beweisaufnahme heute noch zu schliessen, werden vor dem Brieger Sondergericht im Ohlauer-Landfriedensbruchprozess morgen noch drei Entlastungszeugen vernommen werden.

Heute vormittag bekunden die Entlastungszeugen und einer vor der Staatsanwaltschaft geladene Belastungszeuge - auf die weiteren Belastungszeugen verzichtete der Oberstaatsanwalt -, dass der Arbeitersportler Lisse ohne jeden Grund von dem zuerst auf dem Ring ankommenden Motorradfahrer geschlagen worden ist. Der Motorradfahrer sprach einen jungen Mann auf dem Ring an, setzte sich auf sein Motorrad und fuhr ein Stück weiter bis zur nächsten Ecke. Da sah er den ersten Lastwagen mit SA.-Leuten kommen. Er springt noch einmal vom Rade, geht auf Lisse zu und schlägt ihm ohne ersichtlichen Grund ins Gesicht. Darauf wendet er sich dem Lastwagen zu, winkt den SA.-Leuten, diese springen herab und schlagen mit Schulterriemen auf die flüchtenden Leute ein. Wohlverstanden: Das sagen die Entlastungszeugen und der von der Staatsanwaltschaft geladene Belastungszeuge aus. Damit ist erwiesen, dass die blutigen Vorgänge durch diesen brutalen Akt des Motorradfahrers und die darauf folgende "Polizeiaktion" der SA.-Leute ihren Anfang nahmen.

SPD. Braunschweig, 19. Aug. (Eig. Ber.)

Der nationalsozialistische Kommandeur der Braunschweigischen Schutzpolizei hat eine Beschwerde des Reichsbanners wegen Misshandlung von 84 festgenommenen Reichsbannermitgliedern durch Polizeibeamte als "unbegründet" abgelehnt. Die seinerzeit im Bebelhof Festgenommenen waren, ohne dass ein einziger auch nur Miene zum Widerstand gemacht hätte, gezwungen, beide Hände hochzuhalten und sich dann in strammer Haltung mit dem Gesicht zur Wand aufzustellen. Der Polizeioffizier befahl seiner Mannschaft, mit schussfertiger Pistole hinter den Reichsbannerkameraden Aufstellung zu nehmen. Auch auf dem Transport richteten die Polizeibeamten ihre Waffen auf die Festgenommenen, in der Polizeikaserne mussten sich die Reichsbannerkameraden unflätige Beleidigungen sagen lassen. All diese Tatsachen genügen dem Polizeikommandeur nicht, um im Wege der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Nationalsozialisten in Polizeiuniform vorzugehen.

Wie in früheren Jahren, so wollte auch dieses Jahr der Arbeiter-Samarterbund eine Haus- und Strassensammlung im Staate Braunschweig veranstalten, um seiner sozialen Aufgabe besser nachkommen zu können. Auf monatelanges Vorstelligwerden bei Klagges hat sich dieser schliesslich zu einer ablehnenden Antwort ohne Angabe von Gründen bequemt. Auf telefonische Anfrage wurde dem Gesuchsteller eröffnet, dass das Verbot der Sammlung aus politischen Gründen erfolgt sei!

SPD. Breslau, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Heute vormittag gegen 11 Uhr kam es an der Neudorf-Ecke Nachodstrasse zu einer politischen Schlägerei. In unmittelbarer Nähe des Braunen Hauses hatten zwei Zeitungshändler der KPD Aufstellung genommen. Sie wurden von uniformierten Nazis angegriffen, verfolgt und zu Boden geworfen. Es sammelte sich eine Menschenmenge von etwa 400 Personen an. Die am Boden liegenden trat man mit Füßen, den einen von ihnen so schwer, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste. Zwei Täter wurden von der Polizei festgenommen. Man darf gespannt sein, ob auch dieser Fall vor das Breslauer Sondergericht kommt, das sich in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit schon durch besonders harte Urteile gegen Kommunisten ausgezeichnet hat.

SPD. Beuthen, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Unter ungeheurem Andrang des Publikums trat am Freitag zum ersten Male das Sondergericht zusammen, das durch die neueste Notverordnung der Papen-Regierung eingesetzt worden ist. Zur Verhandlung steht der bestialische Mord, der in dem Dorfe Potempa von uniformierten SA- und SS-Leuten an dem Arbeiter Pietrzuch verübt worden ist. Dieser der kommunistischen Bewegung nahestehende Arbeiter wohnte mit seinem Bruder in dem Häuschen seiner Mutter in Potempa. Dort stürmten am 9. August mitten in der Nacht die Angeklagten und noch einige nicht ermittelte SA-Leute in die offenstehende Wohnung, leuchteten mit einer Taschenlampe das Bett ab, in dem die beiden Brüder Pietrzuch schliefen, rissen dann beide mit Gewalt aus dem Bett und schlugen mit allen möglichen Werkzeugen in viehischer Weise auf sie ein. Besonders der später getötete Konrad Pietrzuch wurde so schwer durch Schläge verletzt, dass er an diesen Verletzungen gestorben wäre, auch wenn nicht, wie das tatsächlich der Fall war, noch nachträglich auf ihn geschossen worden wäre. Als der Schwerverletzte nämlich in eine benachbarte Kammer flüchtete, sandten die Mordbuben noch Schüsse hinter ihm her, bevor sie endlich das Haus verliessen. Dann fand die Mutter des Ueberfallenen ihren Sohn nur als Leiche wieder.

Vor Gericht stehen jetzt neun der Beteiligten, handfeste, ausgewachsene Gestalten, nur zwei von ihnen sind jüngere Burachen. Alle neun waren in dem SA-Heim in Broslawitz untergebracht. Von dort wurden sie am Abend der Tat durch ein Auto, das einer der Angeklagten lenkte, abgeholt und zunächst nach Tworog gebracht, wo der Sturmführer der SA Hoppe wohnt. Von diesem erhielten sie die Weisung, nach Potempa zu fahren und sich dort bei dem Gastwirt Lachmann zu melden, der jetzt mit auf der Anklagebank unter der Beschuldigung sitzt, die übrigen Angeklagten zu ihrem Verbrechen vorsätzlich angestiftet zu haben. Lachmann bewirtete die unheimlichen Gäste zunächst mit Alkohol und Zigaretten. Dann zogen sie zu der benachbarten Wohnung eines Ehepaars Schwinge. Dort wurde eine Bluttat nur durch die Aufmerksamkeit der Frau Schwinge verhindert. Schliesslich gingen sie in das Nebenhaus, in dem die Witwe Pietzuch mit ihren beiden Söhnen wohnte. Auf dem Tisch vor dem Gericht liegen die Instrumente, mit denen der Mord verübt wurde: Revolver, Scheintodpistole, Gummiknüppel, zerbrochene Billardstöcke und andere Werkzeuge nationalsozialistischer Kultur. Die Angeklagten reden sich sämtlich auf den "grossen Unbekannten" heraus, der angeblich sie zu ihrer gemeinsamen Fahrt nach Potempa angestiftet und dort als "Führer" das Verbrechen inszeniert habe. Dieser, ein angeblicher Golombek, ist ebenso wie ein weiterer Beteiligter nicht gefasst worden, sondern wahrscheinlich über die polnische Grenze entkommen. Im übrigen deuten die Angeklagten an, es wäre möglich, dass einer der Brüder Pietzuch den anderen selbst erschlagen hätte. Diese Ausrede ist augenscheinlich sogar dem Sondergericht zu dumm, das im übrigen den Eindruck macht, als ob es infolge mangelnder Vorbereitung den Prozesstoff nicht genügend beherrsche und sich in dem besonderen militärischen Milieu der SA nicht zurechtfinde.

Vor dem Gerichtsgebäude gab es verschiedentlich Radauszenen, die von grösseren SA-Trupps aufgeführt wurden. Die Polizei musste diese Demonstranten mehrfach auseinandertreiben. Einer von ihnen wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet. Die Verhandlung, an der zahlreiche SA-Führer in ihrer Notverordnungsuniform sehr siegessicher als Zuhörer teilnehmen, wurde nach Vernehmung der Angeklagten auf Sonnabend vertagt. Unter den geladenen Zeugen befinden sich auch die Mutter und der Bruder des Getöteten.

SPD. London, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der englischen Arbeitslosen ist gegenüber dem Vormonat um 65 000 auf 2 811 582 angewachsen. Berücksichtigt man die 170 000 weiteren Erwerbslosen, die unter den neuen Bestimmungen nicht mehr unterstützungsberechtigt sind, so ist die mit dem vorjährigen Stand von 2 733 000 vergleichbare Zahl 2 982 000, also 247 000 mehr als im August 1931.

SPD. München, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

General Ludendorff, der als langjähriger Freund und Mitarbeiter Hitlers über den Geist der braunen Bürgerkriegs-SA genau Bescheid weiss, zieht in der neuesten Nummer seiner "Volkswarte" vom 21. August den Blutsaldo aus den politischen Kämpfen seit der Aufhebung des Uniformverbots und erhebt dabei schwerste Anschuldigungen gegen Hitlers braune Mordgarde. Ludendorff beziffert die Zahl der Ermordeten und Verletzten auf 6 000 und stellt fest, dass das der Hälfte der deutschen Verluste in der Schlacht von Tannenberg entspreche. Solche erschütternden Zahlen, sagt der General, die natürlich nur Annäherungswert enthalten, da amtliche Erhebungen fehlen, zeigten nur zu klar, welche Folgen die Aufhebung des Uniformverbotes und die Zulassung der SA im Anfang Juni durch die Reichsregierung von Papen-Schleicher für das deutsche Volk gehabt hat. Kamen solche Nachrichten früher aus Südamerika, dann warf sich der brave Deutsche stolz in seine Heldenbrust und blickte verächtlich nach dort. Nun kann der Deutsche die gleiche Verachtung mit noch viel mehr Recht, allerdings mit tiefer Trauer vermischt, auf die eigenen Volksgenossen richten.

Nach einem Vergleich mit den Verlustziffern der Staatsumwälzung vom November 1918 und späterer revolutionärer Erhebungen fährt Ludendorff fort: Doch vor solchen revolutionären Ereignissen stehen wir ja heute noch. Sie würden nach der Machtergreifung durch die NSDAP eintreten. Das müssen wir uns beim Ueberblick über die Revolution immer wieder klar und deutlich sagen. Der von der Reichsregierung anbefohlene Burgfrieden wurde einfach nicht beachtet, sondern es setzten am Wahltage und dann sofort nach der Wahl unerhörte, blutige Terrorhandlungen ein, wie sie in Deutschland seit den Ketzerverfolgungen nicht mehr ausgeübt wurden. Diese Terrorhandlungen sind in weitestem Umfang durch die SA begangen, die sich der "Machtergreifung" nahe fühlte und an einigen Stellen mit den von ihr für diesen Fall geplanten Terrorakten planmässig vorging, damit kundtuend, wessen sich das deutsche Volk von diesen positiven Christen zu gewärtigen hat.

An der Terrornotverordnung vom 9. August bemängelt Ludendorff, dass sie das Uniformtragen nicht untersagt und bemerkt: diese Notverordnungen kommen zu spät und machen Ermordete nicht mehr lebendig. Sie heilen Leicht- und Schwerverletzte nicht und stellen Sachschaden nicht wieder her, ebenso wenig das gesunkene deutsche Ansehen. Schliesslich befasst sich Ludendorff mit der jüngsten SA-Mobilisierung und sagt: Eine starke Gärung hat sich der SA bemächtigt. Sie drängt auf Machtergreifung im Staat und fordert sie von Herrn Hitler. Dieser bemüht sich zwar, auf Herrn Röhm und seine römischen Jünglinge beruhigend einzuwirken, ob er aber Glück haben wird, ist eine andere Frage. Die Haltung der SA in Berlin und an anderen Stellen war so drohend geworden, dass in Berlin die Polizei mit Karabinern ausgerüstet wurde. Diese verschwanden aber bald und unwillkürlich richteten sich die Gedanken auf das Verbot des Waffengebrauchs am 9. November 1918.

SPD. London, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Flieger Mollison, der sich vor einigen Tagen mit der englischen Australienfliegerin Amy Johnson verheiratete, ist nach dem ersten Alleinflug über den Atlantik in ost-westlicher Richtung, den er von Dublin aus unternahm, in Neu-Braunschweig gelandet. Die Ueberquerung des Ozeans dauerte nicht ganz 25 Stunden. Mollison erklärte, noch genügend Brennstoff gehabt zu haben, aber zu müde gewesen zu sein, um nach seinem eigentlichen Ziel New York direkt weiterzufliegen. Die englische Presse feiert ihn bereits als einen Nationalheros.

SPD. Halle, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Zum dritten Male stand vor dem Amtsgericht Halle Versteigerungstermin in Sachen des Allgemeinen Konsumvereins Halle an, der bekanntlich von der KPD zertrümmert worden ist. Bei der ersten Versteigerung der Zentralverwaltungsgebäude der Bäckerei und der Fleischerei zu Beginn des Vorjahres erhielt eine von der KPD vorgeschobene Frau Mentona Moser aus der Schweiz den Zuschlag auf ihr Angebot über eine halbe Million. Die Frau aus der Schweiz konnte aber das Kaufgeld nicht zahlen, weshalb im März dieses Jahres neuer Versteigerungstermin angesetzt wurde. Damals erhielt einestags zuvor von der KPD gegründete "Konsumbrotfabrik G.m.b.H." mit 450 000 Mark den Zuschlag. Da jedoch auch jetzt nicht gezahlt wurde, fand nun zum dritten Mal Versteigerungstermin statt. Die Hauptgläubigerin, die Pensionskasse des Zentralverbandes der deutschen Konsumgenossenschaften, die auf dem Gebäudekomplex eine Hypothek von 3 800 000 Mark stehen hat, machte jetzt als einzige Bieterin ein Angebot von 190 000 Mark und erhielt damit den Zuschlag. Die KPD hatte es diesmal unterlassen, neue Scheinmanöver zur Verteidigung einer unhaltbar gewordenen Lage aufzuführen.

SPD. Halle, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die erste Ferienstrafkammer verurteilte heute nach zweitägiger Verhandlung gegen 24 Mansfelder Kommunisten wegen Landfriedensbruchs drei der Angeklagten zu je 6 Monaten, vierzehn zu je 3 Monaten und vier zu je 4 Monaten Gefängnis. Drei wurden freigesprochen. Die Angeklagten waren zusammen mit etwa 100 Kommunisten, die am 26. Juni zu einem Roten Landessonntag in die dunkelste Ecke des Mansfelder Landes marschiert waren, festgenommen und seitdem in Untersuchungshaft behalten worden. Alle erhielten Strafbefehle, die auf mehrmonatige Gefängnisstrafen lauteten. Nur wer gegen diese Strafbefehle keinen Einspruch einlegte, wurde freigelassen. Die jetzigen Verhandlung ergab, dass ein verhältnismässig harmloser Zusammenstoß mit ängstlichen Stahlhelmen den Anlass zur Einleitung der Staatsaktion gegeben hatte. Die 100 Kommunisten wurden von ganzen 5 Beamten mit "Hände hoch" nach Eisleben ins Gefängnis transportiert. Der Prozess ist einer von den vielen, die in letzter Zeit mit falschen Fronten geführt wurden.

SPD. London, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Während in Ottawa die Schlussitzungen der Konferenz stattfinden sprach am Freitag Minister Thomas zur Eröffnung der Radioausstellung in London von Ottawa aus und erklärte, der Erfolg der Konferenz sei nun gesichert. Die Verträge, die am Sonnabend bei der Schlussitzung unterzeichnet werden, und die die Dominions und England enger aneinander binden sollen, lassen jedoch, wie Thomas sagte, die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft nicht aus den Augen. Der letzte Stein des Anstosses, die kanadischen Forderungen an England zur Aenderung der Einfuhr aus Russland, scheint nun beseitigt worden zu sein, und zwar hat sich Bennett schliesslich mit einer Formel begnügt, die nicht Russland ausdrücklich erwähnt, sondern nur England die Verpflichtung auferlegt, Massnahmen gegen Einfuhren zu ergreifen, die den Wert der Konzessionen an Kanada hinfällig machen könnten.

Eine Reuter-Meldung aus Ottawa berichtet, dass dort der Abschluss eines Waffenstillstandes im englisch-irischen Zollkrieg durch den Minister Thomas und die irische Delegation in Aussicht stehe.

SPD. Paris, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die Havas-Agentur meldet aus angeblich bestinformierter Quelle aus Berlin, dass die Reichsregierung entschlossen sei, durch die Botschafter in Paris und London eine Demarche wegen der Neuorganisation der Reichswehr unternehmen zu lassen. Dabei werde die Reichsregierung geltend machen, dass es "nicht mehr möglich ist, eine gründliche Aussprache und eine Entscheidung über ein Problem zu vertagen, das die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland als lebenswichtig ansieht". An hiesiger zuständiger Stelle ist von einer derartigen Absicht der Reichsregierung bisher noch nicht bekannt. Insbesondere sind noch keinerlei Anordnungen aus Berlin hier in Paris eingetroffen.

Auf jeden Fall aber hat diese Havas-Ankündigung zusammen mit dem letzten Reuter-Interview des Reichskanzlers in Paris stärkste Misstimmung hervorgerufen. Man macht hier geltend, dass die ununterbrochene Kette der deutschen Forderungen keineswegs dazu angetan sei, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu bessern. Nach der Rheinlandräumung habe Deutschland sofort die Annullierung der Reparationen gefordert. Nach der Konferenz von Lausanne verlangte es jetzt Rüstungsgleichheit, und wenn dies erledigt sei, werde es, wie Reichskanzler von Papen bereits angekündigt habe, die Kolonialforderungen in den Vordergrund stellen. Dann brauche es nur noch die territoriale Revision des Versailler Vertrages zu fordern und das ganze Werk von Versailles werde damit aus der Welt geschafft.

Die Pariser Presse, die zunächst dem Reuter-Interview des Reichskanzlers nur wenig Beachtung schenkte, ist am Freitag, nach der Rückkehr Herriots von Lyon nach Paris, auffälligerweise mit schwerstem Geschütz gegen Deutschland aufgefahren. Besonders der "Temps" macht eine Reihe neuer juristischer Argumente geltend, die augenscheinlich aus dem amtlichen Arsenal entnommen worden sind. "Die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages bestehen in ihrer ganzen ursprünglichen Kraft noch fort und sie können nicht einfach durch eine Entschliessung einer allgemeinen Konferenz abgeschafft werden. Eine deutsche Forderung auf diesem Gebiet hat daher keinerlei juristische Basis. Wenn Deutschland die Rüstungsgleichheit fordert, kann es das nicht aufgrund des geschriebenen Rechts tun. Es müsste das juristische Terrain aufgeben, und die Frage auf rein politischen Boden stellen. Dann aber würden die Verhandlungen einen ganz anderen Charakter annehmen. Es würde sich dann nämlich die Frage erheben, welche politische Gegenleistung Deutschland anbieten könnte. Dann würde das ganze weite Problem der allgemeinen Sicherheit aufgerollt werden müssen, und zwar unter Bedingungen, die eine Lösung beinahe unmöglich machen."

In ähnlicher Weise äussert sich der "Temps" auch über die deutschen Kolonialforderungen. Auch hier bestreitet er Deutschland jeden juristischen Anspruch auf die Rückgabe der Kolonien. "Man begeht einen Irrtum", so schreibt das Blatt, "wenn man behauptet, dass diese Frage ordnungsgemäss vor den Völkerbund gebracht werden könnte. Denn es ist nicht der Völkerbund gewesen, der die Kolonialmandate ausgeteilt hat. Die Austeilung erfolgte durch direkte Einigung zwischen den Mächten, und der Völkerbund war lediglich dazu da, die Verteilung zu registrieren und die Kontrolle über die Kolonialverwaltung zu übernehmen. Auch hier handelt es sich also um eine rein politische Angelegenheit, die nicht vom Genfer Rat entschieden werden kann."

In französischen nationalistischen Kreisen geht man noch weiter. Der ehemalige Abrüstungsdelegierte unter der Regierung Tardieu, der Oberst Fabry, kündigt am Freitag im "Intransigeant" an, dass er das lange geheimehaltene Aktenstück der Regierung Tardieu über die deutschen Geheimrüstungen und die systematischen Verstösse gegen die Militärbestimmungen des Versailler Vertrages aufgeschlagen werde. Er werde bei allernächster Gelegenheit in der Kammer das Wort ergreifen und mit unwiderleglichen Aktenstücken beweisen,

dass Deutschland 1) widerrechtlich den Grossen Generalstab wiederhergestellt,
habe, 2) eine höhere Zahl Soldaten in der Reichswehr ausgebildet habe als es
der Versailler Vertrag erlaube, 3) die Bewaffnung der Reichswehr willkür-
lich geändert und 4) die Fabrikation verbotener Waffen wiederaufgenommen habe

SPD. Schwerin, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der vor einigen Tagen von der mecklenburgischen Hitlerregierung zum Kommandeur der Ordnungspolizei ernannte nationalsozialistische Polizeimajor Heidemann lässt heute abend in einem Erlass an die Ordnungspolizei wissen, nach welchen Richtlinien in Zukunft die Polizeibeamten verfahren sollen. Dabei zeigt er sich als ein lebhafter Freund des Schiessens. Er weist nämlich darauf hin, dass rücksichtsloser Waffengebrauch unbedingt dort notwendig sei, wo der Polizei Widerstand entgegengesetzt oder der Polizeibeamte bzw. die Polizeitruppen angegriffen werden und soweit Menschenleben auf dem Spiele stehen. Besonders energisch soll die Polizei bei Sabotageakten, Brandstiftungen und anderen gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen eingreifen. Der nationalsozialistische Kommandeur drängt den Beamten geradezu auf, von ihren Schusswaffen soviel wie möglich Gebrauch zu machen: "Ein Polizeibeamter, der auf Grund der gegebenen Bestimmungen und Richtlinien nicht rechtzeitig und ausreichend von der Dienstwaffe Gebrauch macht, verletzt seine Amtspflichten!" Zum Schluss erklärt der neue Mann, dass er unnachsichtig gegen solche Polizeibeamten vorgehen werde, die nicht energisch genug die Dienstwaffe gebrauchen, sobald die Voraussetzungen gegeben sind!

Schöne Anweisungen in schönen Zeiten!

SPD. Paris, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die amtliche französische Arbeitslosenstatistik verzeichnet für die abgelaufene Woche eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 1 663 auf 267 487 Mann. Die Verschlechterung betrifft in der Hauptsache die industriellen Gebiete von Nordfrankreich. Die landwirtschaftlichen Gebiete hatten im Gegenteil angesichts der Erntearbeiten eine Besserung der Arbeitsmarktlage zu verzeichnen.

(Schluss des politischen Teils - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag, wie an anderer Stelle berichtet wird, eine Reihe von Anträgen und Gesetzentwürfen beschlossen. Sie stellen ein umfassendes Programm zum Umbau der Wirtschaft, zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Sicherung der Existenz der notleidenden Schichten dar. Wir geben heute den Wortlaut dieser Anträge wieder und behalten uns eine eingehende Erläuterung sowohl des Gesamtprogramms wie der einzelnen Anträge vor.

I. Sozialistische Planwirtschaft.

1) Entwurf eines Gesetzes über den Umbau der Wirtschaft.

§ 1.

Um die Befreiung aus der Not der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den Uebergang von der planlosen Gewinnwirtschaft zur planmässigen Gemeinwirtschaft anzubahnen, werden folgende Umbaumaassnahmen durchgeführt:

§ 2.

Der Umbau der Wirtschaft erstreckt sich auf

- 1) die Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft,
- 2) die Schaffung einer Planstelle (§ 3),
- 3) die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen auf Grund des Gesetzes vom.....
- 4) die Verstaatlichung der Grossbanken und die Schaffung eines Bankenamts auf Grund des Gesetzes vom.....
- 5) die Schaffung eines Kartell- und Monopolamts auf Grund des Gesetzes vom.....
- 6) die Schaffung und den Umbau von Staatsmonopolen gemäss dem Gesetz vom.....
- 7) die Enteignung des Grossgrundbesitzes auf Grund des Gesetzes vom.....

§ 3.

Die Planstelle hat die Aufgabe:

- 1) in Gemeinschaft mit dem Bankenamt und dem Kartell- und Monopolamt auf ein planmässiges Zusammenarbeiten aller Glieder der Volkswirtschaft hinzuwirken;
- 2) die einheitliche Führung der öffentlichen Wirtschaft zu sichern;
- 3) die Verstaatlichung weiterer Wirtschaftszweige vorzubereiten;
- 4) alle sonstigen Massnahmen zu fördern, die dem Umbau der Wirtschaft dienen.

§ 4.

Bei dem Umbau der Wirtschaft, bei der Zusammensetzung aller öffentlichen Einrichtungen und bei der Führung der verstaatlichten Wirtschaftszweige sind die Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

2) Entwurf eines Gesetzes über Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen.

§ 1.

Die Schlüsselindustrien und die aus öffentlichen Mitteln subventionierten Unternehmungen sind zu verstaatlichen.

§ 2.

(1) Die Verstaatlichung hat insbesondere zu umfassen alle privaten Unternehmungen

des Bergbaues,
der Eisenindustrie,
der sonstigen Metallgewinnung,
der Grosschemie,
der Zementindustrie.

(2) Die Verstaatlichung hat sich auch auf alle Nebenbetriebe sowie auf die Verwertung von Altmetall zu erstrecken.

§ 3.

(1) Die Entschädigung erfolgt nach der tatsächlichen Ausnutzung der Anlagen in den Geschäftsjahren 1929 bis 1931, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932.

(2) Auf die Entschädigung werden Steuerschulden, bisher gewährte Subventionen und sonstige Forderungen der öffentlichen Hand angerechnet.

3) Entwurf eines Gesetzes über Bankenverstaatlichung und Bankenaufsicht.

§ 1.

Das gesamte Bankgewerbe wird der Aufsicht und Führung durch das Reich unterstellt. Zur Durchführung dieser Aufgaben werden

- 1) die Grossbanken verstaatlicht (§ 2)
- 2) ein Bankenamt errichtet (§ 5)

§ 2.

Die Verstaatlichung der Grossbanken umfasst:

Dresdner Bank
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft
Commerz- und Privatbank
Berliner Handelsgesellschaft
Allgemeine Deutsche Creditanstalt.

§ 3.

Die verstaatlichten Banken werden unter Mitwirkung des Bankenamts zu einer Deutschen Staatsbank zusammengeschlossen.

§ 4.

Die Entschädigung der Aktionäre der verstaatlichten Banken erfolgt auf der Grundlage der Berliner Börsenkurse der Aktien vom 1. Juli 1932.

§ 5.

Das Bankenamt hat die Führung der öffentlichen und privaten Banken nach einheitlichen Richtlinien zu sichern. Zweck dieser Bankpolitik ist die Lenkung des Kapitals im Interesse der Gesamtwirtschaft.

§ 6.

Das Bankenamt hat Vorschläge über weitere Verstaatlichung von Banken zu machen.

§ 7.

Innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gehen die Geschäfte des Reichskommissars für das Bankgewerbe auf das Bankenamt über.

4) Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung des Grossgrundbesitzes.

§ 1.

(1) Um eine Gesundung der deutschen Landwirtschaft anzubahnen, wird der private Grossgrundbesitz enteignet.

(2) Grossgrundbesitz im Sinne dieses Gesetzes ist jeder land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz über 200 ha. Durch Landesgesetz kann bestimmt werden dass auch Grossgrundbesitz unter 200 ha. unter dieses Gesetz fällt.

§ 2.

(1) Als Entschädigung wird den enteigneten Grossgrundbesitzern eine Rente gewährt, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929 bis 1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens aus dem enteigneten Grundbesitz bemisst.

(2) Verfügt der enteignete Grossgrundbesitzer über hinreichende landwirtschaftliche Kenntnisse, so kann ihm anstelle der Rente eine Siedlungsstelle überlassen werden.

§ 3.

Der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz ist entweder als Grossbetrieb zu erhalten oder an Landarbeiter und Kleinbauern aufzuteilen. Die Wahl der Betriebsform ist so zu treffen, dass die wirtschaftlichste Ausnutzung des Grundbesitzes gewährleistet wird.

§ 4.

Wo die Betriebsform des Grossbetriebes beibehalten wird, ist der Betrieb in öffentlicher Bewirtschaftung zu übernehmen oder in geeigneten Fällen den Landarbeitern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung in Landarbeiter-Produktionsgenossenschaften zu überlassen.

§ 5.

Im Falle der Aufteilung des Grundbesitzes ist der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz je nach den örtlichen Verhältnissen an landbedürftige Kleinbauern zu verteilen oder zur Errichtung von lebensfähigen Bauernsiedlungen zu verwenden.

Als Siedlungsbewerber sind vornehmlich Landarbeiter zu berücksichtigen.

§ 6.

Der enteignete forstwirtschaftliche Grossgrundbesitz ist der öffentlichen Hand zur Bewirtschaftung zu übertragen.

II. Gegen Papen und seine Notverordnungen.

1. Sozialdemokratischer Misstrauensantrag.

"Der Reichstag wolle beschliessen:

Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen."

2. Aufhebung der Papen-Verordnungen.

"Der Reichstag wolle beschliessen:

die Notverordnungen

- 1) vom 14.6.32 über Massnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe usw.,
 - 2) vom 14.6.32 gegen politische Ausschreitungen,
 - 3) vom 14.6.32 über Massnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung,
 - 4) vom 28.6.32 gegen politische Ausschreitungen,
 - 5) vom 20.7.32 betr. Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preussen
- sind ausser Kraft zu setzen."

III. Verbesserung der Lage der Arbeitslosen.

1) Entwurf eines Gesetzes zur Wiedererhöhung der Sozialleistungen.

§ 1.

Die Arbeitslosenunterstützung in der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden,

die Renten aus der Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung und Unfallversicherung, sowie die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden vorerst wieder auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gebracht.

§ 2.

Zum Ausgleich der finanziellen Mehraufwendungen wird

1. der Reichsanteil an der Krisenfürsorge um 184 Millionen erhöht,
2. der in der Notverordnung vom 14. Juni 1932 vorgesehene Reichszuschuss an die Gemeinden von 672 Millionen auf 820 Millionen erhöht,
3. den Trägern der Sozialversicherung ein Reichszuschuss von 300 Millionen überwiesen,
4. die Ausgabe des Reichs für die Kriegsversorgung um 50 Millionen erhöht.

§ 3.

Zur Deckung der Mehraufwendungen dienen die Erträge der Notsteuern auf Grund des Gesetzes vom..... und der Staatsmonopole auf Grund des Gesetzes vom.....

2) Entwurf eines Gesetzes über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung.

§ 1.

Für den Winter 1932/33 wird für alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen.

§ 2.

Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit Kartoffeln und Kohle und verbilligter Abgabe von Fleisch. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.

§ 3.

Die Gemeinden (Gemeindeverbände) sind verpflichtet, die Winterhilfe nach folgenden Grundsätzen durchzuführen:

Für jeden Haushalt werden durchschnittlich geliefert

4,5 Zentner Kartoffeln

20 Zentner Kohlen

26 Pfund Fleisch (wöchentlich 1 Pfund).

Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als 3 Köpfen entsprechend höher zu bemessen.

§ 4.

Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe stellt das Reich den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zur Verfügung.

§ 5.

(1) Die Mittel für die Kartoffelbelieferung werden dem Reich von der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein aus den Ersparnissen erstatet, die sich aus einer einjährigen Einstellung des Brennrechts ergeben.

(2) Die Mittel für die Brennstoffbelieferung werden durch Wiedererhebung der Ausgleichsabgaben auf Mineralöle und durch Aufrechnung der Steuerschulden des Kohlenbergbaues beschafft.

(3) Die Mittel für die Fleischverbilligung werden dem Marktaufwandsfonds entnommen.

§ 6.

Die erforderlichen Kohlenmengen werden aus den Haldenbeständen beschlagnahmt. Die Entschädigung an die Kohlensyndikate ist nach den durchschnittlichen Exporterlösen zu bemessen.

IV. Arbeitsbeschaffung.

1) Entwurf eines Gesetzes über planmäßige Arbeitsbeschaffung.

§ 1.

Um die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu erleichtern, wird unter Führung des Reichs eine planmäßige Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen, für die eine Milliarde Reichsmark bereitgestellt werden. Die Arbeitsbeschaffung soll insbesondere umfassen:

- 1) Öffentliche Arbeiten (§ 2),
- 2) Kleinwohnungsbau (§ 4),
- 3) Hausreparaturen (§ 5),
- 4) Siedlung (§ 6),
- 5) Kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen (§ 7),
- 6) Schulung jugendlicher Erwerbsloser (§ 8).

§ 2.

Öffentliche Arbeiten.

Für die Durchführung zusätzlicher öffentlicher Arbeiten stellt das Reich 400 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Die öffentlichen Arbeiten sollen sich insbesondere auf den Bau von Wasserschutztrassen, Kanälen und Wasserschutzanlagen sowie auf ausserplanmäßige Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten der Reichsbahn und Reichspost erstrecken.

§ 3.

Die öffentlichen Arbeiten müssen im Tariflohn ausgeführt werden. Der freiwillige Arbeitsdienst darf hierbei nur insoweit eingesetzt, als es sich um gemeinnützige Arbeiten handelt, die sonat auf jeden Fall unterbleiben müssten, und auch nicht als Notstandsarbeiten ausgeführt werden könnten.

§ 4.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues stellt das Reich 200 Millionen Reichsmark bereit. Die Mittel werden den Ländern zur Hergabe von zweiten Hypotheken, notfalls auch von ersten Hypotheken, sowie von Zinszuschüssen überwiesen.

§ 5.

Hausreparaturen.

Als Zuschüsse für Hausreparaturen stellt das Reich 150 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Die Zuschüsse werden unter der Bedingung gewährt, dass der Hauseigentümer Eigenmittel in gleicher Höhe für Reparaturzwecke aufbringt. Sie sind niedrig zu verzinsen und innerhalb von 10 Jahren zurückzuzahlen.

§ 6.

Siedlung.

Zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, der Landarbeiter-Produktivgenossenschaften und zur Versorgung Arbeitsloser mit Gartenland werden aus Reichsmitteln 100 Millionen Reichsmark bereitgestellt. Die Landbeschaffung für die landwirtschaftliche Siedlung und die Landarbeiter-Produktivgenossenschaften erfolgt auf Grund des Gesetzes über die Enteignung des Grosgrundbesitzes vom.....

§ 7.

Kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen.

(1) Die Eigentümer stillliegender Fabriken und Werkstätten sind verpflichtet, ihre Betriebe für die Zwecke der kollektiven Selbsthilfe der Arbeitslosen unentgeltlich zu überlassen. In diesen Betrieben werden Arbeitslose unter Gewähr

zung von Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung zu dem Zwecke beschäftigt, Gegenstände des täglichen Bedarfs herzustellen. Die Erzeugnisse ihrer Arbeit werden an diese Beschäftigten und an die übrigen Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen unentgeltlich verteilt.

(2) Für die Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe sowie zur Bestreitung der sonstigen Kosten stellt das Reich 100 Millionen Reichsmark bereit.

§ 8.

Schulung jugendlicher Erwerbsloser.

Aus Reichsmitteln werden 50 Millionen an die Länder und Gemeinden überwiesen mit der Auflage, allen jugendlichen Erwerbslosen den Erwerb, die Erhaltung und die Weiterbildung ihrer Berufsfähigkeiten zu ermöglichen. Zu diesem Zweck sind unter Zuhilfenahme stillgelegter Betriebe Lehrwerkstätten einzurichten, die Schulungskurse auszubauen und das Berufsschulwesen zu erweitern.

§ 9.

Finanzierung.

(1) Die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung notwendigen Mittel werden folgendermassen aufgebracht:

1. 150 Millionen Reichsmark aus Wechselkrediten der Banken an die Lieferfirmen für öffentliche Aufträge,
2. 100 Millionen Reichsmark aus den Reichsmitteln für Siedlungszwecke,
3. 50 Millionen Reichsmark aus den Reichsmitteln für den freiwilligen Arbeitsdienst,
4. 200 Millionen Reichsmark aus ersparten Unterstützungsmitteln,
5. 500 Millionen Reichsmark aus dem Erlös einer Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung entsprechend der Kreditermächtigung durch § 8 des Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigungen vom 12. Mai 1932 (RGBl. I S. 191).

(2) Zur Verbilligung der Arbeitsbeschaffung wird Bauholz aus staatlichen Forsten unentgeltlich abgegeben.

§ 10.

Für den Fall, dass der Erlös der Prämienanleihe 500 Millionen Reichsmark nicht erreicht, wird der Restbetrag durch eine Zwangsanleihe aufgebracht. Zur Zeichnung der Zwangsanleihe sind alle Vermögenssteuerpflichtigen heranzuziehen; dabei wird gezeichnete Prämienanleihe angerechnet.

2) Entwurf eines Gesetzes über die Verkürzung der Arbeitszeit.

§ 1.

Die gesetzliche Arbeitszeit wird auf 40 Stunden wöchentlich festgesetzt.

§ 2.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund des § 1 neue Arbeitskräfte einzustellen. Die Einstellung darf nur unter Mitwirkung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsatellen erfolgen. Offene Stellen sind sofort bei den Arbeitsämtern anzumelden.

§ 3.

Die durch die Verkürzung der Arbeitszeit ersparten Unterstützungsmittel sind für den Lohnausgleich heranzuziehen.

§ 4.

Ueberstunden dürfen nur in den dringlichsten Ausnahmefällen auf Grund behördlicher Genehmigung zugelassen werden. Für jede Ueberstunde hat der Arbeitgeber einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen.

V. Milderung der Wirtschaftsnot.

1. Antrag zur Volksernährung.

Um einer weiteren Schrumpfung des Absatzes der deutschen Landwirtschaft durch eine erneute Verschlechterung des Ernährungsstandes des Volkes entgegenzuwirken,

- 1) die Mehl- und Brotpreise den gesunkenen Getreidepreisen anzupassen;
- 2) alle Massnahmen zu unterlassen oder rückgängig zu machen, die zu einer Verteuerung der Butter, der Margarine, des Schmalzes und sonstiger Fette führen müssen;
- 3) die Handelspolitik so zu führen, dass jede Verringerung der Kaufkraft der Verbraucher für landwirtschaftliche Erzeugnisse und jede Schädigung der Ausfuhr vermieden wird;
- 4) zur Hebung des Zuckerabsatzes den Zuckerhöchstpreis zu senken;
- 5) die Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaft und der Geflügelzucht durch Verbilligung des Futtergetreides zu steigern.

2) Entwurf eines Gesetzes über Mietbeihilfen und Mietaenkung.

§ 1.

Die Länder sind verpflichtet, aus den Erträgen der Hauszinssteuer bereitzustellen:

1. 250 Millionen RM für Mietbeihilfen an bedürftige Mieter von Altwohnungen, insbesondere an Arbeitslose und Sozialrentner;
2. 150 Millionen RM für die Senkung der Neubaumieten. Dabei sind vor allem bedürftige Mieter und Wohnungen mit unverhältnismässig hohen Mieten zu berücksichtigen.

§ 2.

Zu diesem Zweck überweist das Reich aus den Erträgen der Notsteuern nach dem Gesetz vom..... den Ländern 400 Millionen RM.

3) Entwurf eines Gesetzes über Entlastung notleidender Schuldner.

§ 1.

Ist ein Schuldner infolge der Wirtschaftskrise ohne eigenes Verschulden in eine Lage geraten, in der er seinen Schuldverpflichtungen nur unter Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz nachkommen kann, so ist er berechtigt, das Schuldeinigungsamt anzurufen-

§ 2.

(1) Das Schuldeinigungsamt hat die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners und des Gläubigers zu prüfen und den Parteien einen Einigungsvorschlag zu machen.

(2) Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat das Schuldeinigungsamt einen Schiedsspruch zu fällen. Der weitere Rechtsweg wird durch Ausführungsgesetz geregelt.

§ 3.

Das Schuldeinigungsamt ist berechtigt, die Schuldverhältnisse hinsichtlich der Zinsen, der Schuldsomme und der Kündigungsfristen zu ändern.

4) Entwurf eines Pachtschutzgesetzes.

§ 1.

(1) Vom 1. Oktober 1932 ab werden sämtliche landwirtschaftliche und gärtnerischen Pachten um 30 Prozent, mindestens aber auf die Höhe der Vorkriegspachten gesenkt. Die seit dem 1. Juli 1931 erfolgten Pachtsenkungen werden eingerechnet.

(2) Ist eine Pacht auch dann noch höher als der angemessenen Verzinsung des Steuerwerts des verpachteten Grundstücks entspricht, so muss sie auf Antrag des Pächters entsprechend gesenkt werden.

§ 2.

Ein Pachtvertrag über landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Grundstücke muss auf Antrag des Pächters verlängert werden, wenn er für einen Zeitraum abgeschlossen ist, der dem Pächter eine wirtschaftliche Betriebsführung nicht ermöglicht.

§ 3.

Ein Pachtvertrag darf vom Verpächter nur gekündigt werden, wenn sich der Pächter fortgesetzt schuldhaft weigert, seine Verpflichtungen zu erfüllen, oder wenn er das Pachtland nachweisbar besonders schlecht bewirtschaftet.

§ 4.

Bei Beendigung des Pachtverhältnisses muss dem Pächter für seine Aufwendungen, die den Wert des Pachtobjekts dauernd erhöhen, eine angemessene Entschädigung gewährt werden.

§ 5.

Ein Pachtvertrag mit einem bäuerlichen Pächter, der ohne Pachtland seinen Betrieb nicht aufrechterhalten kann und der das Pachtland ordnungsgemäß bewirtschaftet, darf vom Verpächter nicht gekündigt werden.

VI. Finanzierung.

1) Entwurf eines Gesetzes über Notateuern zur Sicherung der Sozialleistungen.

§ 1.

Zur Deckung der Ausfälle an Massensteuern und des Mehrbedarfs für Sozialleistungen, die sich aus der Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ergeben, werden folgende Notateuern des Besitzes erhoben:

§ 2.

Notabgabe der hohen Einkommen.

(1) Von allen Einkommen natürlicher Personen über 8000 RM wird eine Notabgabe erhoben, die von 8 Prozent bis zu 15 Prozent des Einkommens gestaffelt ist.

(2) Von den Körperschaftssteuerpflichtigen Körperschaften wird eine Notabgabe von 10 Prozent des Einkommens erhoben.

§ 3.

Notabgabe der hohen Vermögen.

(1) Von allen Vermögen über 20 000 RM wird eine Notabgabe erhoben, die von 1 Prozent bis zu 2 Prozent des Vermögens gestaffelt ist.

(2) Zur Erbschaftsteuer wird ein Notzuschlag von 30 Prozent der bisherigen Steuersätze erhoben. Ausserdem wird das Gattenerbe besteuert, wenn der Erbfall 20 000 RM überschreitet.

§ 4.
Luxussteuer.

Der Luxusverbrauch wird durch eine erhöhte Umsatzsteuer von 10 Prozent auf Luxusgegenstände belastet.

§ 5.
Verschärfung der Besitzsteuererhebung.

(1) Die Steuerlisten der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen werden zur öffentlichen Einsicht aufgelegt.

(2) Steuererlasse und Steuerstundungen über 20 000 Mark sind einem Ausschuss des Reichstags zur Nachprüfung vorzulegen.

2) Entwurf eines Gesetzes über Staatsmonopole.

A r t i k e l I.
Zigaretten- und Rauchtobakmonopol.

§ 1.

Das Reich errichtet ein staatliches Zigaretten- und Rauchtobakmonopol. Das Monopol umfasst die Herstellung und den Grossvertrieb von Zigaretten und Rauchtobak, einschliesslich der Ein- und Ausfuhr.

§ 2.

Das Monopol übernimmt sämtliche am 1. August 1932 im Betrieb befindlichen Herstellungsbetriebe. Der Entschädigung wird der tatsächliche Nutzungswert zugrundegelegt, mindestens aber das Fünffache des durchschnittlichen steuerlichen Reingewinns der letzten drei Geschäftsjahre.

A r t i k e l II.
Erdölmonopol.

§ 3.

Das Reich errichtet ein staatliches Erdölmonopol. Das Monopol umfasst:

1. die Einfuhr von Mineralölen und Treibstoffen jeder Art in das Reichsgebiet (Einfuhrmonopol),
2. die Uebernahme der im Reichsgebiet gewonnenen Mineralöle und Treibstoffe jeder Art von den Herstellern (Bezugsmonopol),
3. den Grossvertrieb der Mineralöle und Treibstoffe.

§ 4.

Das Reich übernimmt die bestehenden Grossverteilungseinrichtungen für Mineralöle und Treibstoffe (Tankanlagen, Gebäude und Transportmittel) zum tatsächlichen Nutzungswert. Der Nutzungswert wird durch die Ausnutzung der Anlagen im Durchschnitt der Geschäftsjahre 1929 bis 1931 bestimmt.

§ 5.

Das Reich übt die Aufsicht über die Gewinnung und Verarbeitung aller Mineralöle und Treibstoffe aus. Die Errichtung neuer Erzeugungs- und Verarbeitungsbetriebe sowie neuer Zapfstellen ist konzessionspflichtig.

A r t i k e l III.
Branntweinmonopol.

§ 6.

Zur Abtossung der nicht wirtschaftlich verwertbaren Bestände der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein wird das Brennrecht der landwirtschaftlichen Brennereien für das Jahr 1932/33 unter Gewährung einer angemessenen Entschädigung aufgehoben.

§ 7.

(1) Vom Jahre 1933/34 ab werden zur Anpassung der Produktion an den gesunkenen Bedarf die Brennrechte neu verteilt.

(2) Bei der Neuverteilung der Brennrechte dürfen nur die Brenneigentümer berücksichtigt werden, die ohne Brennrecht nicht lebensfähig sind.

§ 8.

Alle Brennereien, die bei der Neuverteilung der Brennrechte nicht berücksichtigt werden, sind durch angemessene Abfindungen zu entschädigen.

3) Entwurf eines Gesetzes über die Streichung der Fürstenabfindungen.

§ 1.

Die Länderregierungen sind verpflichtet, alle staatlichen Leistungen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der fürstlichen und standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen.

§ 2.

Sämtliche Schlösser, Güter, Forsten und sonstiger Grundbesitz sowie Kunstsammlungen der ehemaligen Fürsten und standesherrlichen Familien werden entschädigungslos zugunsten der Kriegsoffer enteignet.

4) Entwurf eines Gesetzes über Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen.

§ 1.

Alle Gehälter

1. in der öffentlichen Verwaltung,
2. bei öffentlichen Unternehmungen,
3. bei Unternehmungen, an denen öffentliche Körperschaften beteiligt sind,
4. bei Unternehmungen, die auf öffentlichen Mitteln gestützt werden,
5. bei Unternehmungen, die Steuererlasse und Steuerstundungen für mehr als 3 Monate in Anspruch nehmen,
6. Bei Unternehmungen, die das Schuldeinigungsamt gemäss dem Gesetz vom..... anrufen,

dürfen die Höchstgrenze von 12 000 RM jährlich nicht überschreiten.

§ 2.

Alle Pensionen in der öffentlichen Verwaltung und bei den in § 1 genannten Unternehmungen dürfen die Höchstgrenze von 6000 RM jährlich nicht überschreiten.

§ 3.

Auf alle Pensionen und Wartegelder werden sämtliche sonstigen steuerpflichtigen Einkünfte angerechnet. Die Anrechnung unterbleibt, wenn das Gesamteinkommen 3000 RM nicht überschreitet.

Aus aller Welt

Todesurteil nach zehn Minuten!

Gespräch mit Henri Guilbeaux - Der Kämpfer des Friedens - Ein geheimnisvoller Hartmann - Die Sehnsucht des Dichters.

SPD. Der im Jahre 1919 von einem französischen Kriegengericht zum Tode verurteilte pazifistische Schriftsteller Henri Guilbeaux hat sich in Paris freiwillig gestellt. Unser Mitarbeiter Egon Iarsen hatte Gelegenheit, Henri Guilbeaux über seine Erlebnisse zu befragen. Er berichtet:

In einer kleinen Wohnung in Berlin-Steglitz hauste Henri Guilbeaux während der letzten Jahre zusammen mit seiner jungen Frau, seinem einzigen treuen Kameraden in all den aufregenden und sonderbaren Ereignissen, deren Mittelpunkt der französische Schriftsteller war.

Guilbeaux, ein Dichter, vor allem auch Rilke-Uebersetzer, von grossem Format, bemühte sich schon vor dem Kriege, die Beziehungen zwischen deutschem und französischem Geist blosszulegen und fruchtbar werden zu lassen. Sein Leitspruch "Ohne die Einigung zwischen Frankreich und Deutschland wird es nie ein Europa geben" liess ihn auch während des Krieges für den Frieden kämpfen. Im April 1915 hatte er Frankreich nach kurzem Militärdienst verlassen und sich in Genf etabliert. Die Arbeitsgemeinschaft mit Romain Rolland, Henry Barbusse, Maxim Gorki, Verhaeren, MacDonald, Stephan Zweig und Leonhard Frank schuf hier zwischen den Fronten ein Europa des Geistes. Guilbeaux gründet die Zeitschrift "Demain"; in jeder Zeile stemmt sich das Blatt gegen das Morden ringsum auf. Romain Rolland ist der aktivste Mitarbeiter. Zweimal wird Guilbeaux - wie erzählt - von den Schweizern wegen "Verletzung der Neutralität" verhaftet. Seine Beziehungen zu russischen Emigrantenkreisen bringen ihn mit Lenin, Radek und Sinowjew zusammen, die er auf einer Antikriegskundgebung kennen lernt. Sofort verpflichtet er Lenin als Mitarbeiter des "Demain", denn - wie Guilbeaux berichtet: "Ich hatte den Eindruck, dieser sehr einfache, aber als Redner beispiellos mitreisende Mensch werde noch einmal eine grosse Rolle spielen."

Für jene weltgeschichtliche Fahrt Lenins im plombierten Wagen nach Russland half Guilbeaux alle Vorbereitungen treffen. Der deutschen Regierung gegenüber verpflichteten sich die Revolutionäre, auf ihrer Fahrt durch Deutschland den Wagen nicht zu verlassen, kein Wort mit Deutschen zu wechseln und nach ihrer Ankunft in Russland für Freilassung und Austausch von Kriegsgefangenen zu sorgen.

Anfang 1918 setzte in Frankreich eine unglaubliche Pressekampagne gegen den "Demain" ein, dessen Pazifismus die Kriegsbegeisterung zersetzte. In diesen Wochen spielte eine mysteriöse Affäre. Gustave Hervé, damals Herausgeber der "Guerre Sociale", wegen seines forschen Auftretens mit dem Spitznamen "Le général" belegt, bekommt von einem Unbekannten, der sich hinter dem Decknamen "Le lieutenant" verbirgt, verschiedene Summen von einigen Tausend Francs für Propagandazwecke. Die Begleitbriefe, voll von pazifistischen Bekannnissen, veröffentlicht Hervé. Die ganze Armee, in deren Reihen die poli-

tische Polizei den "Leutnant" vermutet, wird nach dem Hochverräter bespitzelt; vergeblich. Selbst Hervé kennt ihn nicht.

Aber Guilbeaux lernt eines Tages in Genf einen gewissen Charles Hartmann kennen, einen Elsässer, französischer und amerikanischer Staatsbürger, Konsul einer kleinen südamerikanischen Republik. Dieser Hartmann wies sich durch Belege als jener "Leutnant" aus und bat Guilbeaux, nun das Geheimnis zu lüften. Guilbeaux war einverstanden und brachte die kleine Broschüre "Le général et le lieutenant" heraus, welche die gesamte Korrespondenz Hartmann-Hervé enthielt. Die sofortige Folge war die Anklage gegen Guilbeaux und Hartmann wegen Hochverrats vor dem III. Kriegsgericht in Paris. Das Urteil vom 21. Februar 1919, begründet auf einer Reihe durch Spitzel beschaffter Unterlagen, lautete einstimmig auf den Tod beider Angeklagten. Die Verhandlung hatte zehn Minuten gedauert.

Guilbeaux erfuhr die Nachricht von seiner Verurteilung in contumaciam einen Tag nach seiner Ankunft in Moskau, wohin er Anfang 1919 gereist war; Tschitscherin selbst zeigte ihm das Radiotelegramm. Von Hartmann sah und hörte man nichts mehr.

Vor zwei Jahren wurde ein gewisser Charles Hartmann, ein Greis von 75 Jahren, im Elsass verhaftet, als er nach fast 60jähriger Abwesenheit in sein Heimatstädtchen Nordheim zurückkehrte. Man musste ihn freilassen, als er beweisen konnte, dass er seine zweite Heimat Amerika jahrzehntelang nicht verlassen hatte. Die Affäre des "falschen Hartmann" erregte ganz Frankreich, und eine grosse Pariser Zeitung veranstaltete eine Enquete: "Wer ist eigentlich Hartmann?" Ohne Erfolg; das Hartmann-Rätsel ist bis heute ungelöst. Guilbeaux selbst vertritt diese Ansicht: der Genfer Hartmann war ein vom französischen Geheimdienst entsandter Lockspitzel, der nur die Aufgabe hatte, ihn zur Veröffentlichung jener Broschüre zu verleiten und so seine "Erledigung" durch ein rechtskräftiges Urteil zu ermöglichen...

Guilbeaux hat es aufgegeben, sich mit der Grübeleien um die Person des geheimnisvollen Hartmann zu beschäftigen. Er hat nur einen einzigen Wunsch: rehabilitiert zu werden, in Frankreich leben zu dürfen, nicht mehr als zum Tode Verurteilter herumlaufen zu müssen - ein Gefühl, das sicher keineswegs angenehm ist... Vor drei Jahren haben sich bereits die namhaften deutschen Dichter und Wissenschaftler unter Führung von Einstein und Heinrich Mann zur Unterzeichnung eines Aufrufs für Guilbeauxs Rehabilitierung zusammengefunden: "Wir wissen, dass dieser Mann, der im Krieg für den Frieden gekämpft hat, kein Verbrecher ist!"

Nach jahrelangem Aufenthalt in der Sowjetunion kam Guilbeaux nach Berlin. Immer wieder quälte ihn die Frage, ob es richtig sei, sich den französischen Behörden zur Verfügung zu stellen. Jetzt endlich hat er seinen Entschluss gefasst.

"Ich werde mich auf eine lange Haftzeit in französischen Gefängnissen gefasst machen müssen", erklärte uns Guilbeaux am Ende unseres Besuchs in seiner Steglitzer Wohnung, "mein Fall muss erst noch einmal vors Kriegsgericht gebracht werden, das sich wohl als unzuständig bezeichnen wird. Dann erst wird vor dem Geschworenengericht die Revisionsverhandlung beginnen. Und ich glaube, dass mein Freispruch mit Sicherheit erfolgen wird."

"Wenn aber das Todesurteil wider Erwarten bestätigt wird, M. Guilbeaux?"
Guilbeaux lächelt. "Dann wird ganz Frankreich für mich aufstehen."

+ + +
Altväterliche Rache. Ein südindisches Gericht verurteilte einen Bauern zum Tode. Der Bauer hatte an dem Ortsquacksalber für die Verführung seiner Frau auf eine im Zeitalter des Brownings nicht mehr gebräuchliche Weise Rache genommen; er tötete ihn aus dem Hinterhalt mit einem Pfeilschuss, als das Liebespaar gerade eine Abendpromenade machte. Der Todesspruch ist in Verurteilung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit umgewandelt worden.

+ + +

Piccards Erlebnis.

Was die Stratosphärenflieger erzählen - 55 Grad Kälte in 16 500 Meter Höhe -
Ein dritter Aufstieg geplant.

SPD. Zürich, 19. Aug. (Eig. Drahtb.)

Es dauerte eine ganze Weile, bis am Donnerstag-Abend "der Völkerbund der Journalisten" den auf 12 Stunden "entmaterialisierten" Professor Piccard nach seiner Landung in Oberitalien wieder gefasst hatte. Als man nach der Landungsstelle in der Nähe von Cavallaro kam, waren Hülle und Gondel bereits abtransportiert. Die Augenzeugen der Landung schilderten, wie eilig sie das von den Luftschiffern aus dem Gondelfenster herausgeworfene Seil ergriffen hätten; als die Gondel zum ersten Mal heftig auf den Erdboden aufgestossen sei, habe sie sofort wieder einen grossen Sprung gemacht, da der noch immer gasgefüllte Ballon vom Wind immer wieder fortgerissen worden wäre. Schliesslich sei es aber gelungen, den Ballon in den Bäumen festzumachen.

Am Abend trafen Professor Piccard und sein Begleiter, Cosyns, in Desenzano ein. Infolge der grossen Hitze waren beide durstig, aber nur wenig ermüdet. Die Gefälligkeit der begeisterten Bevölkerung trug für die Erholung der Forscher Sorge.

Der Presse erklärte Professor Piccard: Ich bin mit den auf dieser Fahrt erlangten Resultaten durchaus zufrieden; sie bestätigen meine früheren Erfahrungen. Etwa drei Stunden nach dem Start in Zürich zeigte der Höhenmesser genau 16 770 Meter. Die Temperaturen in der Gondel hielten sich auf minus 16 Grad - zweifellos ein Fortschritt gegenüber der Hitze, unter der wir beim ersten Stratosphärenflug so zu leiden hatten. Die Aussentemperatur betrug in der höchsten Höhe 55 Grad Kälte; der Himmel ist dort sehr dunkel gewesen. Zur Orientierung dienten uns in erster Linie die in ihren charakteristischen Formen stets klar erkennbaren Schweizer Seen. Als wir den Gardasee sahen, gingen wir bis auf 3 000 Meter nieder. Alles in allem ist der Flug sehr gut verlaufen, zumal die Instrumente vorzüglich funktionierten. Ich denke den nächsten Stratosphärenaufstieg von der Hudson-Bay in Kanada aus zu unternehmen. Die Hudson-Bay liegt in der Nähe des magnetischen Pols. Ein Aufstieg in dieser Gegend wäre vorzüglich geeignet für Untersuchungen über das Hervortreten magnetischer Kraftlinien beim Eintritt in die Stratosphäre.

Piccards Assistent, Cosyns, der die fünfstündigen Bergungsarbeiten leitete, erklärte: So wunderschön unser Flug war, so ist es doch recht bedauerlich, dass man eine Reise in die Stratosphäre nicht mit grösserer Bequemlichkeit unternehmen kann. Was nützt einem die ganze schöne Aussicht aus 16 000 Meter Höhe, wenn man 12 Stunden lang in der engen Gondel hockt und immerhin ziemlich angestrengt arbeiten muss. Wirklich unangenehm war der Abschluss: durch das wiederholte Aufschlagen der Gondel ist das ganze "Inventar" durcheinandergeworfen worden; Bananen, Wasserflaschen, Kleidungsstücke und Instrumente vereinigten sich zu einem nicht eben reizvollen Stillleben; sofern aber an den Instrumenten Beschädigungen aufgetreten sind, ist dies nicht schlimm, da ihre Messungen bereits genau registriert waren.

Piccard und Cosyns gaben wiederholt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass ihr neuer Flug der Wissenschaft wertvolle Aufschlüsse geben werde. Festzustehen scheint - nach Piccard - jetzt endgültig, dass die kosmischen Strahlen in grösserer Höhenlage an Intensität zunehmen. Aeusserlich soll sich dies durch ein hagelschlagartiges Geräusch gegen die Fensterscheiben gezeigt haben. Genaueres werden die Gelehrten aber erst sagen können, wenn sie ihre Messungen nach ihrer Rückkehr nach Brüssel untersucht und ausgewertet haben.

+ + +

Banküberfall. In Beloit (USA Wisconsin) drangen sechs mit Maschinen-
gewehren bewaffnete Banditen in die Second National Bank ein, schossen
zwei Angestellte nieder und raubten den Betrag von 50 000 Dollar. Die Räu-
ber entkamen unerkant in einem bereitstehenden Auto.

+ + +

Überall Hitze. In England erreichte die Hitzewelle am Freitag einen
neuen Höhepunkt. Seit dem Jahre 1911 ist es noch nicht wieder so heiss ge-
wesen wie jetzt. So zeigte das Thermometer in Greenwich 38 Grad im Schatten.
Die Bank von England erlaubte zum ersten Mal in ihrer Geschichte ihren An-
gestellten, in Hemdsärmeln zu arbeiten - für dieses konservative Institut
eine geradezu revolutionäre Massnahme.

Entsprechende "Schreckensmeldungen" kommen aus Frankreich. Die Hitzewelle,
unter der dieses Land augenblicklich leidet, zieht geradenwegs
auf Deutschland zu; ob sie bis Sonnabend, wenn ihre Ankunft zu erwarten
ist, zerbrochen sein dürfte, steht noch dahin. Auch ohne diesen französische
Einfluss war es schon am Freitag in Deutschland in den meisten Gegenden
reichlich hundstächlich. Selbst auf dem Feldberg mass man schon am Morgen
20 Grad, auf der Zugspitze 10 Grad Wärme.

+ + +

Todesbohnen. In Offental bei Langen (Hessen) erkrankte eine Familie
nach dem Genuss von eingemachten Bohnen. Zwei Personen verstarben.

+ + +

Autobus-Katastrophe. In der Nähe von Fez (Marokko) stürzte ein voll-
besetzter Autobus in einen Abgrund. Fünf Personen erlitten tödliche, mehrere
andere lebensgefährliche Verletzungen.

+ + +

Freitod durch Handgranate. In dem Dorfe Zarben, Kreis Greifenberg
(Pommern), verübte am Freitag der 30 Jahre alte unverheiratete Landwirt
Erich Laabs Selbstmord, indem er eine Handgranate vor seiner Brust abzog.
Laabs wurde grässlich verstümmelt. Man weiss nicht, weswegen er den Tod
gesucht hat. Rätselhaft ist auch, woher er die Handgranate hatte. Der Selbst-
mörder gehörte der Nationalsozialistischen Partei an.

+ + +

Schmeling - Walker. Am 19. September wird der Exweltmeister Max Schme-
ling gegen den amerikanischen Halbschwergewichtler Micky Walker kämpfen.
Der Vertrag wurde bereits in New York unterzeichnet. Auch der Kampf selbst
wird im New Yorker Stadion der Madison Square Garden-Corporation stattfinden,
wo seinerzeit auch Schmeling gegen Sharkey boxte.

+ + +

Bauchtyphus. In Paszto (Ungarn) erkrankten 51 Personen an Bauchtyphus.
Bisher verliefen drei Fälle tödlich.

+ + +

Glückslose. Am zehnten Ziehungstag der Preussisch-Süddeutschen Klassen-
lotterie wurde auf Los Nr. 244 975 ein Gewinn von 300 000 Mark gezogen, der
in der einen Abteilung nach Berlin, in der anderen ins Rheinland geht. Das
Los wird durchweg in Achteln gespielt. Auf Los Nr. 346 735 fielen 75 000 Mark
doppelseitig in Achteln restlos nach Berlin.

+ + +

Benzinexplosion. Auf einem Marinemotorboot in Portsmouth ereignete
sich eine Benzinexplosion. Ein Mann wurde getötet. Zwei Personen erlitten
schwere Verletzungen.

+ + +

Spinale Kinderlähmung. In den hessen-nassauischen Kreisen Dillenburg
und Biedenkopf ereigneten sich drei Fälle von spinaler Kinderlähmung. Der
Weiterverbreitung wurde vorgebeugt.

=====

Gewerkschaftliche Rundschau ✂

Verschleierte Not.

Wird der Reichstag helfen?

SPD. Unvorstellbare Not herrscht im Land. Von Tag zu Tag mehren sich die Notschreie über die geradezu grausigen Auswirkungen der Papen-Notverordnung. Unhaltbare Zustände haben sich herausgebildet. Auf der einen Seite hat man die Unterstützungsempfänger tief unter die Hungergrenze hinabgedrückt, und auf der andern Seite werden völlig ausgeblutete Bevölkerungsschichten, die nur noch ein paar Bettelpfennige Lohn erhalten, auch noch mit drückenden Abgaben so mit der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe belastet. Der neue Reichstag muss sofort nach seinem Zusammentritt hier Abhilfe schaffen.

Die Öffentlichkeit macht sich kein richtiges Bild von der Not, in die die Unterstützungsempfänger durch die Notverordnung, die wir Herrn Hitler verdanken, gestürzt wurden. Die Gemeinden schnüren den Hungerriemen der Wohlfahrtserwerbslosen immer enger. Sie befinden sich in einer Zwangslage; denn die Notverordnung der Papen-Regierung hat ihnen neue Lasten aufgehalst. Praktisch ist heute nach sechs Wochen Arbeitslosenunterstützung beinahe jeder Arbeitslose ein Wohlfahrtserwerbsloser. Er soll ja nur noch Unterstützung erhalten nach dem Grad seiner Hilfsbedürftigkeit. Die Unterstützung darf aber den Betrag nicht übersteigen, den der Arbeitslose unter Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der öffentlichen Fürsorge zu erhalten hätte. Schon sind aber die Grosstädte gezwungen, sogar zur reinen Arbeitslosenunterstützung Zuschläge zu zahlen, weil die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge durch die letzte Notverordnung in den am meisten gesenkten Lohnklassen IV bis VI unter die Richtsätze der Wohlfahrtspfürsorge gesenkt wurden. Diese Richtsätze haben unter diesen Umständen jetzt eine viel grössere Bedeutung als früher. Aber auch sie geben noch kein Bild von der wirklichen Notlage. Die tatsächlichen Unterstützungen der Gemeinden, sowohl in der allgemeinen wie auch in der gehobenen Fürsorge, zeigen nämlich vielfach keine Uebereinstimmung mit den Beträgen der Richtsätze. Unterschreitungen bis zu 50 Prozent, vor allem in den ländlichen Gemeinden, sind recht zahlreich. Ueberschreitungen sind hingegen weniger häufig und auch nicht in so stark prozentualem Ausmass festgestellt worden.

Die Höhe der Armenunterstützung ist gewiss bis zu einem bestimmten Grad auch von der politischen Zusammensetzung der Gemeindevertretung beeinflusst. Allein Gemeinden mit starker Arbeiterschaft leiden naturgemäss am stärksten unter den finanziellen Schwierigkeiten, weil ja die Arbeitslosigkeit die Arbeitergemeinden vor allem heimsucht. Die Folge ist, dass an unzähligen Stellen geradezu fürchterlich niedrige Wohlfahrtsunterstützungen gezahlt werden. So erhält z.B. in der Textilstadt Gera ein Ehepaar mit eigenem Haushalt pro Woche 10,30 Mark; der Unterstützungssatz für ein Kind bis zu 15 Jahren beträgt 1,85 Mark, und für ein Kind von 15 bis 20 Jahren 4 Mark. Im Landkreis Gera sind die Sätze noch niedriger; hier erhält eine Person mit eigenem Haushalt 7,27 Mark, für Ehegatten sowie für ein Kind über 15 Jahren werden 2,42 für ein Kind unter 15 Jahren 1,73 Mark gezahlt. In verschiedenen Landkreisgemeindeguppen sind auch diese Sätze noch weiter herabgedrückt: auf 6,23, 2,25 und 1,56 Mark. Wie soll eine Familie, die aus

drei Köpfen bestent, mit 12 oder 13 Mark oder noch weniger auskommen?

Man kann es unter diesen Umständen begreifen, dass nur sehr schwer die genaue Höhe der Fürsorgersätze wie auch der wirklichen Fürsorgeunterstützungen in Erfahrung gebracht werden kann. Hier gibt es Verschiedenes zu verbergen. Bei einer vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands durchgeführten Erhebung ist in 39 Fällen, zum Teil sogar von den Kreis Ausschüssen Auskunft verweigert worden. Die Auskunftverweigerung wurde stellenweise mit der Angabe begründet, die Sätze seien in "geheimer" Sitzung bekannt gegeben worden. Die Not wird also von den Behörden verschleiert.

Die Papen-Notverordnung, die diese übersteigerte Not verschuldet hat, ist und bleibt eine Ungeheuerlichkeit. Die Ausschaltung der Gewerkschaften und die Einschaltung Hitlers im neuen Kurs hatte für die Unterstützungsempfänger sehr bittere Folgen. Wir sind gespannt, ob der neue Reichstag hier Wandel schafft. Gelegenheit dazu wird den Nationalsozialisten von der Sozialdemokratie gegeben werden. Weg mit dem Feigenblatt, das die Schande des neuen Kurses verdeckt!

SPD. Die Reichsregierung hat bei dem Versuch, den Freiwilligen Arbeitsdienst im Reichsbahnbetrieb einzusetzen, den Rückzug angetreten. Der FAD soll nämlich, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nach dem neuesten Plan der Regierung nur noch für Arbeiten in Frage kommen, die nicht im Wirtschaftsplan der Reichsbahn enthalten sind.

Für den FAD können beim Reichsbahnbetrieb also nur Arbeiten in Frage kommen, die auch bisher schon nie in eigener Regie von der Reichsbahn ausgeführt wurden und die mit dem Betriebs- und Verkehrsdienst nicht in Zusammenhang stehen. So sollen z.B. bei Verwendung des FAD im Reichsbahnunternehmen nur Abbrucharbeiten von baulichen und technischen Einrichtungen sowie Vorarbeiten zu Neuanlagen, die erst für spätere Zeit in Aussicht genommen sind, in Betracht kommen. Der FAD darf also für sogenannte zusätzliche Arbeiten, wie ursprünglich von der Reichsregierung beabsichtigt war, nicht verwendet werden.

SPD. Die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die im Juni rund 905 000 betrug, ist bis zum 31. Juli auf 931 000 gestiegen. Davon erhielten 275 000 Arbeitslosenunterstützung. Rund 664 000 waren Männer und 267 000 Frauen.

SPD. In der mittelrheinischen Metallindustrie fanden Lohnverhandlungen statt; sie sind, weil die Arbeitgeber 10% Lohnsenkung forderten, gescheitert. Die Gewerkschaften machten darauf aufmerksam, dass bei einer solchen Lohnsenkung und bei zur Zeit bestehender Kurzarbeit der Bruttoverdienst der Arbeiter geringer sei als die Wohlfahrtsunterstützung.



Nazigeist bei Landgemeinden.

Ein leichtfertiges Arbeitsbeschaffungsprogramm.

SPD. Der Verband der Preussischen Landgemeinden hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, dessen Verwandtschaft mit nationalsozialistischen Gedankengängen unverkennbar ist. Man muss gewiss Verständnis dafür haben, dass die Landgemeinden teilweise von den Arbeitslosenlasten besonders schwer getroffen werden, man muss auch mit Genugtuung anerkennen, dass die Landgemeinden ihren Einfluss in der Richtung einer umfassenden Arbeitsbeschaffungsaktion zur Geltung bringen wollen. Aber was nützen die schönsten Pläne und die anerkanntwertesten Grundsätze über die Arbeitsbeschaffung, wenn man im Kernpunkt der ganzen Arbeitsbeschaffungsfrage, dem Finanzierungsproblem, eine Auffassung vertritt, die von den nationalsozialistischen Inflationsplänen nicht mehr zu unterscheiden ist.

Das Programm des Landgemeinde=Verbands verlängert nämlich nicht bloss die Hergabe zinsloser Kredite an die öffentlichen Körperschaften für Arbeitsbeschaffungszwecke, sondern zur Beschaffung dieser Kredite eine Kreditausweitung, die durch nichts anderes begrenzt werden soll als durch die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte. Und in dieser Begrenzung - die praktisch überhaupt keine Begrenzung ist - sieht das Programm einen genügenden Schutz gegen die Inflation. Und auch darin folgt das Programm dem Nazi=Dilettantismus, dass es die neuste Wendung des Federgelds zur "bargeldlosen Kreditschöpfung" mitmacht. Es übernimmt also die kindliche Nazi=Vorstellung, dass die Inflation dadurch vermieden werden kann, dass man das neue Geld als Giralgeld ausgibt, was ja praktisch immer nur für einen Bruchteil des auf diese Weise geschaffenen Geldes möglich ist. Als ob es auf den Wert des Geldes irgend einen Einfluss hätte, in welcher Form das Geld ausgegeben wird.

Fügen wir noch hinzu, dass das Programm zwar für die meisten Arbeiten den vollen Tariflohn vorsieht, daneben aber auch für die Arbeitsdienstpflicht einen Spielraum lässt, so rundet sich das Bild, das man von dem Zweck, dem dieses Programm dienen soll, gewinnen muss: Herr Gereke, der Vorsitzende des Preussischen Landgemeinde=Verbands, der sich bis jetzt von den Nazis distanziert hat, versieht sich jetzt einen Befähigungsnachweis für den Anschluss an die aufbauwilligen (lies: inflationswilligen) Kräfte der Nation zu verschaffen.

SPD. Die Beschäftigung der deutschen Schwerindustrie hat sich im Monat Juli gegenüber Juni wieder nicht unerheblich verringert, nachdem die Sonderanträge für Sowjetrußland abgearbeitet sind. In den deutschen Stahlwerken wurden 428 600 Tonnen Rohstahl erzeugt gegenüber 505 500 Tonnen im Juni. Die arbeitstägliche Erzeugung hat sich von 19 444 auf 16 485 Tonnen verringert. In den deutschen Walzwerken wurden im Juli nur 308 105 Tonnen Walzwerksprodukte erzeugt gegen 384 185 Tonnen im Juni. Die arbeitstägliche Erzeugung sank von 14 776 auf 11 850 Tonnen.

SPD. In den weiten Ausstellungshallen der Stadt Berlin auf dem Messengelände am Kaiserdamm wurde am Freitag die grosse deutsche Funkausstellung eröffnet, die dazu bestimmt ist, Jahr für Jahr für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Funkwesens zu werben.

Reichspostminister Freiherr von Eltz-Rübenach wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, dass diese neunte Funkschau mehr sei, als nur eine Verkaufs- und Werbeschau. Der Rundfunk sei aus dem öffentlichen Leben, aus Verkehr und Wirtschaft nicht mehr hinwegzudenken, und die Funkausstellung sei ebenso wichtig zur Belehrung der Rundfunkhörer, wie zur Belebung von Industrie und Handel. Dann aber benutzte der Minister die Gelegenheit, auf die organisatorischen Massnahmen hinzuweisen, durch die der Rundfunk "im Interesse einer schärferen Abgrenzung der Verantwortlichkeit für die verschiedenen Aufgaben" umgestaltet werden solle. Ueber diese durchaus reaktionären Massnahmen, deren Kern einfach die Ersetzung von Republikanern durch Rechtsleute ist, hat die sozialistische Presse ständig berichtet. Im Interesse des Rundfunks sollten sich die heute Verantwortlichen die ernste Frage vorlegen, ob das jetzt schon eingetretene Abbröckeln der Hörerziffern nach diesen Massnahmen nicht zu einer Lawine anwachsen wird. Das wäre eine für die Eröffnung der Funkausstellung sehr zeitgemässe Ueberlegung gewesen. Die schönen Worte, die der Reichspostminister bei der Eröffnung der Funkausstellung fand, können die wahren Absichten der heutigen Machthaber nicht mehr verhüllen. Vielleicht hat auch der schwache Beifall, den der Minister mit seinen Ausführungen in der Festversammlung fand, ihm selbst gezeigt, wie gering der Widerhall seiner Worte war.

Der Minister machte dann Mitteilungen über die weitere Ausgestaltung des Sendernetzes. Die neuen Grossender Breslau und Leipzig haben ihre Versuche bereits aufgenommen, Frankfurt am Main und München stehen vor der Fertigstellung. Im nächsten Jahre wird auch der neue Grossender Berlin, der auf dem ehemaligen Tegeler Schiessplatz errichtet wird, seine Tätigkeit beginnen. Trotzdem aber wird das Wahrzeichen Berlins, der Funkturm im Messengelände, Funkturm bleiben. Auf ihm wurde in luftiger Höhe der stärkste Ultra-Kurzwellensender der Welt errichtet.

Im Anschluss daran sprach Bürgermeister Dr. Elsas für die Stadt Berlin. Dem Vertreter Berlins blieb es vorbehalten, auf die wahren kulturellen Aufgaben des Rundfunks, auf die Möglichkeit der Völkerverständigung und die Förderung des Verstehens innerhalb der Volksgemeinschaft hinzuweisen. Der Rundfunk könne, wenn er sich seiner Verpflichtungen bewusst bleibe, wirklich dem Wahren, Echten und Schönen dienen. Schliesslich sprach noch Dr. Erwin Michel, der Vertreter der Funkindustrie und des Funkhandels, der auf die grossen Absatzschwierigkeiten der deutschen Funkfabriken im Auslande hinwies.

Der sich anschliessende Rundgang zeigte den Wettbewerb der einzelnen Firmen auf dem Gebiete des Empfängerbaues. Ueberall wird die grosse Trennschärfe der Geräte hervorgehoben. Neben den Netzanschlussgeräten versuchen sich auch die Batterieempfänger durchzusetzen, und selbst der einfache Detektorempfänger ist nach wie vor auf dem Markt zu sehen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Sonderausstellungen der Reichspost, des Heinrich Hertz-Instituts und derjenigen Firmen, die auf dem Gebiete des Fernsehens arbeiten. Die Reichspost hat die Mittel ausgestellt, die heute zur Vermeidung von Rundfunkstörungen zur Verfügung stehen. Ein Tonfilmtheater läuft ständig, um den Besuchern die Arbeiten der Sendegesellschaften optisch und akustisch zu zeigen. Besonderes Interesse dürfte die Ausstellung des Heinrich-Hertz-Instituts finden, die zum ersten Male eine geschlossene Darstellung der bisher entwickelten elektrischen Musikinstrumente zeigt. Hier sind klavierähnliche Instrumente, wie das Trautonium, das Hellertion, der Siemens-Nernst-Flügel und der von Vierling entwickelte elektrische Flügel aufgestellt, ferner elektrische Streichinstrumente, die ebenfalls von Vierling geschaffen

wurden und dann die Therimingeräte, bei denen die Töne gleichsam aus der Luft gegriffen werden, sowie ein in der Entwicklung begriffenes Instrument, das mit Hilfe einer Photozelle arbeitet, bei dem also das Licht zur Erzeugung von Tönen benutzt wird.

Daneben gibt es zahllose Einzelheiten, die auf alle Teile der Hochfrequenztechnik, sowie auf die Schallplatten- und Phonindustrie Bezug haben. Und trotz aller Vollendung der gezeigten Geräte künden sich schon wieder Neuerungen an, die zu einer weiteren Entwicklung vor allem des Empfängerbaues führen werden. So zeigt die Funkausstellung, dass auf diesem jüngsten Gebiet der Technik noch alles im Fluss ist und dass die Entwicklung auch jetzt noch nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann.

W.M.

Lustlos und uneinheitlich.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Aug.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag die Stimmung nicht ganz einheitlich, wenn auch im Grunde lustlos. Für prompten Weizen wurden die Notierungen um 2 Mark erhöht, während prompter Roggen um eine Mark niedriger notiert wurde. Das Angebot war für beide Brotgetreidearten nicht dringend und hat sich auch keineswegs vermehrt, da die Landwirte mit Erntearbeiten auf dem Felde vollkommen beschäftigt sind. Trotzdem war auch die Kauflust nicht sehr rege, da die Mühlen weiter über schleppenden Mehlabsatz klagen und die Exporteure keine Aussichten auf Auslandsgeschäfte haben. Am Markte der Zeitgeschäfte waren beide Brotgetreidearten rückläufig und zwar Weizen um eine halbe bis eine ganze Mark, während Roggen im Durchschnitt eine Mark verlor. Das Mehlgeschäft blieb weiter sehr ruhig. Nur für den laufenden Bedarf konnten einige Umsätze erzielt werden. Die Offerten lauteten formell unverändert, jedoch finden Unterangebote vielfach Berücksichtigung. Hafer stand ausreichend zur Verfügung, jedoch zeigten hier die Käufer ziemliche Zurückhaltung. Die Preise konnten sich behaupten.

	18.8.	19.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	202 - 204	204 - 206
Roggen	156 - 158	155 - 157
Futter- und Industrieroggen	157 - 165	156 - 163
Hafer	138 - 145	138 - 143
Weizenmehl	26,75 - 30,75	26,50 - 30,50
Roggenmehl	22,00 - 24,00	21,85 - 23,90
Weizenkleie	10,70 - 11,00	10,60 - 10,90
Roggenkleie	8,80 - 9,20	8,75 - 9,10

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 218 (219) Okt. 219 (219½) Dez. 220 (220¼) Roggen Sept. 169-168½ (169½), Okt. 170½ - 169½ (171) Dez. 172½-171½ (173½), Hafer Sept. 142½-142 Brief (-), Okt. 142½ (-), Dez. 145 (-).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 19. August 1932

Frühmorgens an der Grenze.^x

SPD. Frühmorgens, wenn die Hähne krähen.... Es krähen aber keine an dieser kleinen Station; vermutlich würde auch sie nicht existieren, wenn nicht just hier eine Grenze ginge, um mittels Uniformen, Pass- und Zollkontrolle den friedlichen Europaer daran zu erinnern, dass es Hoheitsgebiete gibt. Aber im Gebüsch singt ein unsichtbarer Vogel in das blaue Grau der frühen Stunde. Vielleicht ist es eine Nachtigall, denn ganz ähnlich dem Nachtigallenschlange klingt das lockende Rufen und die schmelzende Melodie seiner Worte, die ich nicht verstehe, weil ich noch nie - wie Wagners Siegfried - in Drachenblut gebadet habe.

Im übrigen haben wir ja viel, viel Zeit. Das ist so eine der seltsamen Eigenschaften aller Grenzstationen. Warum wir an dieser Stelle zwischen Griechenland und Serbien so lange liegen bleiben, wissen nur die Götter des Balkan; denn zunächst lässt sich eine halbe Stunde lang niemand sehen. Vielleicht ist der Zug zu früh angekommen; aber das dünkt uns unwahrscheinlich. Balkanzüge kommen nie zu früh an. Vielleicht beginnt der Tag, will heißen der Dienst, erst um fünf Uhr; das dürfte am wahrscheinlichsten sein. Und weil dies ein Dienst ist, der nur mit Uniformen ausgeübt werden kann, so muss eben das Zivil gehorsamst warten. Und wir warten. Wir warten sogar ganz gern. Wenn man zwanzig Stunden ununterbrochen Fahrt hinter sich hat, ist man froh, dass die Räder ein Weilchen still stehen. Man kann endlich das Fenster öffnen, ohne dass eine Wolke Russ von schlechten Kohlen hereinwirbelt.

Die serbische oder griechische Nachtigall singt immer noch - man sieht sie nicht, und so kann man nicht wissen: sitzt sie auf einem serbischen oder griechischen Baume? Vielleicht wechselt sie auch den Platz, ist bald hier, bald dort, so ein recht vaterlandsloser Geselle. Frisst am Ende gar serbische Körner, fliegt über die Grenze und lässt dort etwas fallen und schädigt auf diese landesverräterische Weise die agrarische Produktivität der Heimat; so etwas dürfen sonst nur ostelbische Grossgrundbesitzer, die ihre republikanischen Subventionen in der Schweiz verjubeln. Solche seltsamen Gedanken kommen einem, wenn man wartend an der Grenze sitzt... Es ist höchste Zeit, ess endlich die Zollbeamten auftreten und ihres Dienstes walten, sonst kommen mir noch viel schrecklichere Gedanken. Der serbische Zöllner spricht erfreulicherweise deutsch, nicht viel, aber was er halt so braucht, und das genügt ja auch. Niemand kann von ihm verlangen, dass er den Faust-Monolog rezitieren kann, weil wir gerade im Goethejahre leben. Wir unterhalten uns also ganz nett; auf Grammatik und richtige Aussprache lege ich keinen Wert, er dafür auch nicht auf den Inhalt meiner Koffer. Offenbar hat er mir angesehen, dass ich viel zu ehrlich bin, um anderes als griechische Zigaretten zu schmuggeln (Zudem: die griechischen Hemden, prima Seide, das Stück 4 bis 5 Mark, sind alle getragen - Tip für Reisende: wenig Wäsche mitnehmen, unterwegs kaufen!)

Die serbische Nachtigall flötet unentwegt. Ich gehe ein wenig am Bahnsteig entlang. Es ist, wie gesagt, eine ganz kleine Station. Gleich neben den Gleisen liegen Aecker und ein paar Gärten. Ihre Umzäunung ist interessant: Stacheldrahtverhaue aus dem Weltkrieg, mit jenen charakteristischen französischen Eisenstangen dazwischen, durch deren gewundene Oesen der Draht läuft. Offenbar ist hier in der Nähe während des Krieges die Front der Saloniki-Arme

gegangen; nach dem Zusammenbruch liess man die Verhaue stehen, und die Bauern des Balkan, praktisch und sparsam wie die Bauern der ganzen Welt, sahen ein, dass Stacheldraht auch nützlich sein kann. So zäunten sie ihre Aecker mit dem Zeug ein.

Allmählich belebt sich der Bahnsteig. Aus dem entfernten Dorfe kommen Bauern; sie haben Ferkel, Hühner, Butter, Käse und Lämmchen bei sich, Neues Zugpersonal taucht auf: darunter ein Schaffner, der als echter Serbe so stark nach Knoblauch stinkt, dass man das Fenster aufreissen muss, wenn er ins Abteil hereingeschaut hat. Eine Frau erscheint mit Eimer, Besen und Putztuch; in dem Eimer befindet sich eine eigenartig riechende Flüssigkeit, eine Mischung von Karbol und Parfüm. Damit wischt sie den Wagen auf. Ich vermute, dass nun der Wagen amtlich desinfiziert ist - mindestens wird den Friechischen Flöhen und Wanzen der Aufenthalt unangenehm gemacht, damit später die nachdrückenden serbischen Platz und Nahrung finden. Volkswirtschaftlich nennt man das Autarkie.

Endlich fährt der Zug ab. Es geht eine fruchtbare Ebene entlang. Im Osten und Westen ragen die von Karl May her in spannungsvoller Erinnerung noch lebendigen Schluchten des Balkan: mit Skipataren, dem Schut und Kara Ben Nensi, sowie Handschi Halek Omar Ben Handschu Abul Abbas Ibn Handschi Dawud al Cossarah bevölkert. In unserm Zuge ist freilich davon nichts zu bemerken, und je weiter wir gen Nisch kommen, umso mehr überwiegen Militärs, darunter höhere Offiziere mit höchst farbigen Uniformen, die den Fundus je den Operettentheaters wirkungsvoll bereichern könnten. Und als der knoblauchduftende Schaffner uns in Uesküb verlassen hat und an seine Stelle ein erschütternder Schaffner-Gentleman getreten ist, mit weissen Glacéhandschuhen, Bügelfalte, Ein Adolphe Menjou des Balkan, mit schmachtenden Augen und nach Coty duftend, da wissen wir: nun beginnt Europa, wo es am überflüchtigsten ist!

Rudolf Gustav Haebler.

Die kolibrierten Stahlstiche.^x

SPD. Zu meinem Onkel, dem Buchhändler, unterhielt ich von jeher enge Beziehungen, weniger aus Liebe zu ihm, der ein kleinlicher, knauseriger Mensch war, als aus Liebe zu seinen Büchern. Er nahm mich als Schüler manchmal mit auf ausgedehnte Geschäftsreisen, auf denen er mit Vorliebe winkelige, unansehnliche Antiquariate besuchte. Hier habe er so manches wertvolle Stück für sein reichhaltiges Magazin aufgestöbert, behauptete er.

Einen solchen glücklichen Fund machte er auch einmal, als ich dabei war. Unter den turmhoch bis an die Decke aufgestapelten Büchern entdeckte er eine grosse Menge Stahlstiche, gut erhalten, fast ohne Stockflecke, lauter Ansichten der Stadt, in der wir lebten. "Was sollen die Stiche kosten?" fragte mein Onkel den Ladenbesitzer in seiner unnachahmlichen Art, gleichgültig und uninteressiert am Kauf zu erscheinen.

"Wenn Sie alle nehmen, Stück für Stück eine Mark!"

"Dreissig Pfennig!" handelte mein Onkel.

"Meinetwegen!" und das Geschäft war abgeschlossen. Es waren insgesamt an die fünfhundert Stiche. Wir fuhren noch am gleichen Tage nach unsrer Heimatstadt zurück. ordneten im Magazin die Stiche, säuberten sie, soweit es ging, radierten Flecke heraus und unterklebten kleine Risse. Dann wurden alle drei Schaufenster der Buchhandlung ausgeräumt und mit Stahlstichen dekoriert, tapeziert.

Die Bildchen gingen ab wie warme Semmeln. Binnen wenigen Tagen waren hundert Stück verkauft, das Stück zu vier Mark. Der Bürgervein kaufte einige Dutzend auf einmal.

Eines Tages sagte mein Onkel zu mir: "Willst du einige Stiche kolorieren? Hier ist eine Vorlage". Er gab mir einen kolorierten Stahlstich. Ich machte einen Versuch, und mein Onkel war damit zufrieden. Die kolorierten Stahlstiche wurden von den Einwohnern der Stadt noch mehr gekauft als die einfachen schwarzen. Mein Onkel verkaufte die farbigen Bilder zu zehn Mark das Stück. Mir gab er ganze fünfzig Pfennig für das Anstreichen und ermahnte mich dabei: "Du weißt, Geschäftsgeheimnis! Diskretion Ehrensache!"

Fünf Jahre später, als ich Student war, erhöhte er das Honorar auf eine Mark das Stück. Die Anstreicherei lohnte sich ganz gut. Sie hatte sich als dauernder Nebenwerb für mich herausgebildet, und ich konnte ja als Student die paar Groschen noch ebenso gut gebrauchen wie als Primaner. Immerhin war der Lohn kärglich. Anderthalb bis zwei Stunden brauchte ich, um einen Stich anzumalen. Damit ging mancher Abend herum, und ich hatte dann wenigstens so viel, um mir am andern Tage ein Mittagessen dafür leisten zu können.

Als ich wieder einmal zehn Stiche beisammen hatte und sie meinem Onkel brachte sah ich in einem Regal seines Ladens eine wunderschöne alte Ausgabe von Stifters "Studien" stehen. Stifter ist neben Jean Paul, Wilhelm Raabe und Hermann Hesse mein Lieblingsdichter. Da ich aber gerade die "Studien" noch nicht besass, begehrte ich diese schöne dreibändige Ausgabe umso mehr. Ich fragte meinen Onkel nach dem Preise. "Fünfundzwanzig Mark", lautete seine Antwort. "Gib mir den Stifter für die Stiche!" bat ich. Das schlug er mir ab. Ich war wütend und rannte mich auf dem Heimweg in eine masslose Erbitterung gegen den "alten Geizhals" hinein; wusste ich doch, dass er selber keinesfalls mehr für den Ankauf der Bücher angelegt hatte, als der Betrag zu meiner Entlohnung ausmachte.

In meinem Zimmer hatte sich inzwischen mein Freund Altwirth niedergelassen, der oft bei mir sass und in meinen Büchern stöberte. Als Bücherfreund hatte auch er eine ansehnliche Bibliothek, zu der mein Onkel einen grossen Teil hatte beitragen dürfen. Er war also einer der besten Kunden meines Onkels. Von Hause aus begütert, konnte sich der junge Herr seine Liebhaberei wohl etwas kosten lassen. Ich vergass die ehrensachliche Diskretion und erzählte meinem Freunde die ganze Geschichte. Sie schien ihm viel Spass zu machen. "Nun, lass' gut sein, wir werden ihn schon kriegen", meinte er gemütlich.

"Wen kriegen, was kriegen?" rief ich nervös, "den Stifter?"

"Ja, den auch. Und mit ihm deinen Onkel", orakelte Altwirth.

Bei einem seiner regelmässigen Besuche in der Buchhandlung meines Onkels fragte Gustav Altwirth nach dem Preise der schönen Stifterausgabe. Auch die Stahlstiche betrachtete er. "Sehr hübsche Stiche das! Vier Mark das Stück? Da suche ich mir einige aus. Was kosten denn die kolorierten Stiche? Zehn Mark das Stück? Nicht möglich! Das ist doch eine minderwertige Malerei, die nicht vom Künstler selbst stammt!"

"Aber ich versichere Ihnen, Herr Doktor..."

"Nein, mein Herr, da sind Sie selber mal reingefallen. Wenn die schwarzen Stiche vier Mark kosten, sind die bunten keine sechs wert."

Der Onkel wusste sich nur mit einer seiner stehenden Redensarten zu retten: "Hundert Stück à sechs Mark können Sie mir bringen, Herr Doktor! Da würde ich ein gutes Geschäft machen!"

"Na, vielleicht ist's was mit dem Geschäft", sagte Altwirth. Er war schon wieder woanders, nahm aus dem Regal einen Band von Lord Byrons Werken, einer alten seltenen Ausgabe. "Wundervoll", lobte er. "Muss ich haben. Kostet?"

"Hundertzwanzig Mark", sagte mein Onkel, wie ein Feinschmecker lächelnd.

"Donnerwetter, das ist mir aber doch zu teuer. Na, nächste Woche habe ich Namenstag. Vielleicht schenkt mir dann mein alter Herr den Schinken."

"Ganz gut, Herr Doktor!"

"Also packen Sie mal ein, Herr Antiquar! Was haben wir heute: zehn schwarze Stahlstiche und einen Stifter - macht zusammen sechzig Mark."

"Eigentlich fünfundsechzig", wandte der Buchhändler ein, fügte aber geschäftstüchtig hinzu: "Im Hinblick auf Byron jedoch sagen wir sechzig!"

Mit seinem Einkauf kam Altwirth geradewegs zu mir. "Hast du zehn kolorierte Stiche da?" fragte er mich. "Genau so viel", antwortete ich. "Ich will sie eben einpacken und meinem Onkel bringen."

"Ist nicht nötig", sagte mein Freund. "Du kannst sie mir verkaufen."

Damit gab er mir den Stifter und schilderte mir den Verlauf seines letzten Besuches bei meinem Onkel. Ich wusste wohl, worauf mein Freund hinauswollte, und ich war mit Freuden dabei, dem Onkel einen Streich zu spielen. Wir packten sogleich die zehn kolorierten Stahlstiche ein, adressierten sie an meinen Onkel, und Gustav schrieb dazu: "Anbei zehn Stahlstiche zu $\text{M} 6.-$ das Stück laut Ihrem Angebot. Damit ist Ihre letzte Rechnung für mich über zehn schwarze Stahlstiche à 4 Mark und einen Stifter, "Studien", zu $\text{M} 20.-$ ausgeglichen. - Im übrigen dürfen Sie mir die Ausgabe von Lord Byrons Werken zu $\text{M} 120.-$ zusenden."

Was wollte mein Onkel tun? Er merkte wohl, dass ihm ein Streich gespielt worden war, aber er musste den Scherz, den sich einer seiner besten Kunden auf seine Kosten erlaubte, wohl oder übel zulassen und gute Miene zum bösen Spiel machen. Uebrigens hatte er ja durch diese harmlose Komödie keinen nennenswerten Verlust erlitten, zumal da er durch das nette Geschäft mit der Lord Byron-Ausgabe reichlich entschädigt wurde.

Mir gegenüber erwähnte der Onkel nie etwas von dem Vorfall. Auch als er einmal in meinem Zimmer war und unter meinen Büchern den blauen Buchrücken Stifters mit den vielverschnörkelten Goldbuchstaben blitzen sah, sagte er kein Wort.

Erich Kunter.

Umwälzung im Empfängerbau.^x

SPD. Die am 19. August in Berlin eröffnete Grosse Funkausstellung zeigt, dass auf dem Gebiete des Empfängerbaues ein gewisser Abschluss eingetreten ist. Es scheint, als ob es nichts mehr zu verbessern gäbe. Bei genauerer Prüfung erkennt man jedoch, dass es immer noch Aufgaben gibt, an deren Lösung mit Erfolg gearbeitet wurde und wird. Alle modernen Empfangsgeräte, nicht zuletzt das als modernstes herausgebrachte "Superhet", ein Gerät, dessen Preis sich um 400 Mark bewegt, - und das mit Ueberlagerung arbeitet, haben verhältnismässig grosse Zylinderspulen, die in entsprechend grosse Metalltöpfe gesteckt wurden, um das Strahlungsfeld der Spulen im hochfrequenztechnischen Teil der Geräte abzuschirmen. Dadurch werden die Apparate auch heute noch verhältnismässig gross. Betrachtet man nun die Entwicklung der Technik näher, dann erkennt man, wie es gelungen ist, den Aufwand zur Erreichung einer bestimmten Leistung immer mehr herabzusetzen. Man vergleiche beispielsweise eine Wattsche Dampfmaschine von 100 Pferdestärken mit einem gleich grossen Benzinmotor oder einem Elektromotor. Man vergleiche die ersten Elektrizitätszähler mit den heutigen usw. Auf allen Gebieten wird man zu den gleichen Ergebnissen kommen.

In der Funktechnik galt bisher unbeschränkt der Grundsatz, dass ein Radiogerät umso unempfindlicher und unselektiver (Selektivität bedeutet Trennschärfe) sein müsste, je kleiner es in räumlicher Hinsicht gebaut war. Nach diesem Grundsatz sind auch die heute in der Funkausstellung gezeigten Geräte, die zweifellos hervorragende Leistungen aufzuweisen haben, konstruiert. Man hat

eben für die einzelnen Kreise des Empfängers Zylinderspulen verwendet, die noch bis vor kurzem als die besten galten. Die Streufelder dieser Spulen sind jedoch verhältnismässig gross. Sind nun in diesen Streufeldern Metallteile oder Flächen, dann treten in ihnen Wirbelströme auf, die die elektrischen Verluste verlieren. Aus diesem Dilemma hat nun der bekannte Physiker Hans Vogt, der Mitschöpfer des Tonfilms, einen Weg gezeigt, der zu überraschenden Ergebnissen führt. Er hat einen neuen Werkstoff, Ferrocart, gefunden, der den Bau räumlich kleiner, elektrisch aber höchst verlustfreier Selbstinduktionsspulen für Abstimmkreise ermöglicht. Durch diesen neuen Werkstoff, über dessen Herstellung vorläufig bis zum Erteilen der Schutzrechte noch Stillschweigen bewahrt wird, ist das Problem, auch hochwertige Mehrkreiseempfänger viel kleiner als bisher unter Beibehaltung eines aussergewöhnlichen Gütegrades zu bauen, gelöst worden.

Der neue Werkstoff ist seinem Wesen nach durch seinen Namen gekennzeichnet. Er besteht aus feinen Eisenteilchen, die auf einer papierartigen Masse, einer Karte, aufgetragen sind. Die Eisenteilchen sind hochmagnetisch und durch ein besonderes Isolierverfahren so angeordnet, dass die Ausbildung von Wirbelströmen und damit auch die Entstehung von Verlusten auf ein sehr kleines Mass herabgedrückt wird. Sogar bei sehr hohen Frequenzen, bei Wellenlängen von 200 bis 600 Metern, treten bei dem neuen Werkstoff die elektrischen Verluste noch hinter die des Kupfers zurück. Das Spulenfeld wird durch den neuen Werkstoff zusammengehalten, sodass die Streufelder mit ihren grossen Nachteilen vermieden werden und eine enge Kapselung der Spulen zur Vermeidung elektrodynamischer Verluste möglich wird. Ferrocart wird in Platten und Rollen der verschiedensten Abmessungen hergestellt. Es kann mit den üblichen Mitteln durch Schneiden, Stanzen und Sägen bearbeitet werden. Man kann auch Einzelteile durch Druck und Wärme zusammenpressen. Die Verwendungsmöglichkeit dieses Werkstoffes umfasst das ganze Gebiet der Hochfrequenztechnik. Es lassen sich ausgezeichnete Selbstinduktionen (Spulen), Hochfrequenztransformatoren, Zwischenfrequenztransformatoren, Bandfilter, Hochfrequenzdrosselspulen und andere Teile damit herstellen. Das äussere Merkmal dieser Teile ist ihr geringes Ausmass gegenüber den bisher gebräuchlichen Ausführungen. Ihr Wert ist durch die grosse Verlustverminderung gekennzeichnet.

Innerhalb der letzten fünf Jahre hat Hans Vogt auch an der Konstruktion seines Lautsprechers gearbeitet, der nun unter dem Namen "Oszilloplan" herausgebracht wird. Es handelt sich um einen elektrostatischen Grossflächenlautsprecher, dessen Schallkurve viel regelmässiger verläuft als die der bisher auf dem Markt erschienenen Systeme. Die natürliche Wiedergabe der Originaltöne wird bei dem Oszilloplan mit einer bisher für unmöglich gehaltenen Treue erreicht.

Willy Möbus.

X
Boulogne, das Felsenest.

SPD. In die Felsen der sich gross und wuchtig erhebenden Berge der französischen Kanalküste ist die wildromantische Hafenstadt Boulogne sur mer hineingebaut. Neben dem nahen Calais ist sie einer der grossen Durchgangspunkte des Verkehrs zwischen dem europäischen Festland und England, und an besonders klaren Tagen kann man die Küste der englischen Grafschaft Kent fern am Horizont verdämmern sehen. Wie an der englischen Seite umrahmen den Englischen Kanal auch hier gewaltige Felsmassen, zwischen denen hindurch einstmalig in ferner Vorzeit, als nicht auszudenkende Katastrophen hier den Wassern einen Weg gebahnt hatten, die Wogen des Atlantischen Ozeans und der Nordsee sich

in ungestüme Umarmung für immer ineinander verschlungen.

Man sieht es der heute so friedlichen französischen Provinzstadt Boulogne nicht mehr an, dass sie fast bis an die Schwelle der Neuzeit eine Völkerscheide gewesen ist. Mit Boulogne nach Calais zu beginnt "La Flandre Maritime", das französische Flandern an der See, und Boonen, wie der vlämische Name von Boulogne lautet, ist auch noch heute seinem Wesen und Baustil nach eine jener alten verträumten vlämischen Städte. Freilich hat die französische Sprache hier in den letzten Jahrhunderte die vlämische oder richtiger niederländische Sprache völlig verdrängt, und alle Träume der Grossniederländer von der Wiederrichtung eines Dietschen Reiches von Boonen bis zum Dollart ändern nichts daran, dass in Boonen oder Boulogne französische Sprache und Kultur bereits lange die Oberhand erlangt haben. Niederländisch oder vlämisch ist wohl der Baustil der älteren Häuser mit den hohen Giebeln; niederländisch ist auch eine gewisse Behäbigkeit des Lebens gegenüber der sonstigen französischen Lebendigkeit, aber Denken und Fühlen der Bevölkerung sind ebenso vollkommen französisch wie die Sprache, die sie spricht.

Dennoch lebt das altertümliche Boulogne mehr in der Gegenwart, als der flüchtige Besucher, der die Stadt nur zwischen den Bahnhöfen Boulogne-Stadt und Boulogne-Hafen mit dem Zuge durchquert, ahnt. Für die internationale Esperantobewegung ist hier historischer Boden. Hier wurde vor mehr als einem Vierteljahrhundert unter der persönlichen Leitung des Dr. Zamenhof, des Schöpfers der Kunstsprache Esperanto, der erste internationale Esperantistenkongress abgehalten, und wer hier das weltbekannte Abzeichen des grünen Sternes trägt, der kann es wohl erleben, in Esperanto angesprochen zu werden. Boulogne ist noch heute eine der Hochburgen der französischen Esperantisten, und in internationales Denken beherrscht die Bevölkerung dieser etwa 50 000 Einwohner zählenden Stadt.

Boulogne ist ein Felsenest im wahrsten Sinne des Wortes. Uebereinander etagenförmig gestaffelt liegen die Häuserreihen der Strassen bis hoch in die Berge hinein, als wollten sie die tief gelegene Hafeneinfahrt, von wo aus die englischen Dampfer der Southern Railway (Südbahn) in schneller Fahrt von $1\frac{1}{2}$ Stunden nach Folkestone hinübereilen, gegen alle Unbill schützen. Wenn auch Boulogne als Hafenplatz keine grössere Bedeutung mehr hat, so ist doch sein Hafen auch heute noch von zahlreichen Fischerfahrzeugen belebt, deren Anblick die Romantik des Stadtbildes noch erhöht. Hier liegen die kleinen Fischerboote wie Küken unter den breiten Flügeln der Henne eng aneinander gedrückt, wenn draussen im Kanal der Sturm wütet und die schaumgekrönten Wellen sich an der Felsenküste von Boulogne in ohnmächtiger Wut überschlagen. Welche Stimmung auch das launische Wetter hervorrufen mag, Boulogne behält immer seinen Reiz.

Boulogne hat in der Geschichte mehr als einmal als Ausgangspunkt von Einfällen in England eine Rolle gespielt. Noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatte Napoleon I. hier ein Heer von 80 000 Mann zusammengezogen, für jene Zeit eine grosse Zahl, um den Krieg gegen die Engländer auf englischem Boden fortzuführen. Die unsichere Lage auf dem europäischen Festlande bestimmte ihn, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen, aber noch heute erinnert eine hohe Säule in der Nähe der Stadt an jene nicht so fernen Tage, in denen der Jahrhundertlange französisch-englische Gegensatz noch in voller Stärke bestand. So ist Boulogne aber auch ein sichtbarer Ausdruck der Wandlungen geworden, die sich im Verkehr der Völker untereinander vollziehen können, ein Stück Verheissung einer Zeit, die der nationalistischen Gegensätze unsrer Tage ebenso sehr spotten wird, wie uns modernen Menschen die Stadtfeuden des Mittelalters lächerlich erscheinen.

Otto Burgemeister.

O, diese Journalisten!

SPD. Im Vorkriegsreichstag hatte sich der Zentrumsabgeordnete Lingens für seine Abgeordnetentätigkeit ein wohlthuendes Schweigen auferlegt, das er nur einmal im Jahre unterbrach. Immer, wenn der Postetat zur Debatte stand, brachte der gute Lingens Beschwerden darüber vor, dass die Briefträger durch Sonntagsdienst am Besuch der Kirche verhindert würden. Da seine Reden einander glichen wie ein Ei dem anderen und er ausserdem mit so leiser Stimme sprach, dass er auf der Journalistentribüne nicht zu verstehen war, so flüchteten die Journalisten jedesmal, wenn Lingens die Rednertribüne bestieg, ins Restaurant und berichteten in ihren Zeitungen übereinstimmend: "Abgeordneter Lingens beschwert sich über den Sonntagsdienst der Briefträger."

Einmal jedoch geschah ein Wunder. Lingens sprach über Portofragen. Trotzdem war am andern Tage in allen Zeitungen zu lesen, Lingens habe gegen den Sonntagsdienst der Briefträger gesprochen. Da meldete sich der Gute nochmals zum Worte, nahm alle seine Stimmkraft zusammen und beschwerte sich über die falsche Berichterstattung der Presse: "Ich bitte nun aber die Herren von der Presse, zur Kenntnis nehmen zu wollen, dass ich nicht über den Sonntagsdienst der Briefträger, sondern über Portofragen gesprochen habe!"

Die Reichstagsjournalisten aber verkündeten am folgenden Tage in ihren Blättern, der Abgeordnete Lingens habe seine Beschwerden gegen den Sonntagsdienst der Briefträger nochmals unterstrichen. Da tat Lingens einen heiligen Schwur, nie wieder im Reichstag eine Rede zu halten.

Die Heirat des Herrn Stäudl. ^X

Kriminalnovelle von Ferdinand von Saar.

4. Fortsetzung.

Nun, die Zusammenkünfte fanden jeden zweiten Freitag in einem Grinzing'schen Gasthause statt, wo bekanntlich guter Wein geschenkt wurde. Eines Freitags also ging ich wie gewöhnlich so nach sechs vom Hause fort. Ich hatte schon ein ziemliches Stück Weges zurückgelegt, als mir plötzlich der Gedanke kam, ob meine Leute wohl das kleine Warmhaus geheizt haben möchten. Es war zwar schon im April, und der Tag auch sehr sonnig gewesen, aber ein Nachtfrost war doch nicht gant ausgeschlossen - und strikten Befehl hatte ich nicht gegeben. Die Sache schien mir wichtig, einiger sehr seltenen Keimpflanzen wegen, die dort untergebracht waren. Kehre also um, begeben mich durch ein Seitenpförtchen, dessen Schlüssel ich immer bei mir trug, in den Garten, wo sich das Warmhaus befindet. Mache die Tür auf - was seh' ich? Meine Frau steht drinnen mit einem meiner Gehilfen - und zwar in einer Art und Weise, die mir keinen Zweifel darüber lässt, was da vorgeht. Ganz starr stand ich da. Auch die beiden. Dann fingen sie zu zittern an, dass ihnen fast die Knie einbrachen. Sie dachten wohl, nun würde ich auf sie losfahren. Aber nichts da! Ich drehte mich wie damals vor der Gertrud und dem Bäckerburschen auf dem Absatz um und ging. Aufrecht, ohne jedes Gefühl in mir, als das der tiefsten Verachtung, ging ich nach Grinzing. Ich war umso ruhiger, als ich bei meinem Eintritt in das Warmhaus gemerkt hatte, dass geheizt war. Machte daher ganz ordentlich den Vereinsabend mit; nur des Trinkens enthielt ich mich soweit wie möglich, denn ich wollte nicht, dass mir das Geschehene, weil es mir jetzt doch allmählich zuzusetzen begann, über den Kopf wüchse. Vielmehr überlegte ich schon auf dem Heimwege, obgleich ich mit ein paar andern Gärtnern, die mich begleiteten, unausgesetzt reden musste,

ganz gründlich, was nun zu tun sei. Sonst wurde ich immer von der Frau erwartet, bis ich nach Hause kam. Diesmal nicht. Sie wagte es offenbar nicht, mir unter die Augen zu treten. Während ich mir, wo es ganz finster war, Licht machte, hörte ich leichtes Geräusch im Nebenzimmer. Da sperrte ich die Tür gleich mit dem Schlüssel ab und legte mich zu Bett. Schlafen konnte ich allerdings nicht. Als aber der Morgen graute, hatte ich meinen Entschluss gefasst. Ich stand auf, holte mir wie früher das Wasser vom Brunnen, wusch und kleidete mich völlig an. Dann drehte ich den Schlüssel wieder um und ging sogleich in den Garten, wo ich, als wäre nichts vorgefallen, meinen Verrichtungen oblag. Dabei sah ich mich nach dem Gehilfen um - ich hatte deren vier -, den ich gestern bei der Frau gesehen. Er war nicht zu erblicken, er musste sich absichtlich von mir fernhalten. Ich liess ihn rufen. Es dauerte lange, bis er erschien, ganz blass wie das böse Gewissen. Ich liess mir aber garnichts anmerken, sondern erteilte ihm bloss einige Aufträge; der Schuft sollte nicht etwa glauben, dass mir das Vorgefallene nahe ging oder gar Herzweh bereite. So gegen acht verliess ich den Garten und ging die Hauptstrasse hinunter, gegen die Linie zu. Dort hatte man in den letzten Jahren eine Unmasse neuer Häuser gebaut, wo immer Wohnungen leerstanden und sofort zu mieten waren. Fand auch bald eine, die mir passend schien. Ich nahm sie auch gleich auf und bezahlte den vierteljährlichen Zins. Dann kehrte ich nach Hause zurück, wo die Thomasin am Herd stand und das Mittagessen zu kochen anfang. Ich gab ihr einen Wink, mir ins Zimmer hinein zu folgen. Als sie jetzt vor mir stand, sah sie mich mit ungewissem Blick an und wollte etwas sagen. Ich aber schnitt ihr das Wort vom Mund ab. Thomasin, sagte ich ganz kurz, Ihr werdet übermorgen mit den Kindern mein Haus verlassen. Ich habe Euch eine Wohnung genommen. In der Panzergasse. Zimmer, Kabinett, Küche. Der Zins ist gezahlt und wird jedes Vierteljahr von mir gezahlt werden. Ausserdem erhaltet Ihr monatlich so und so viel. Keine Widerrede! Mit den Gerichten geb' ich mich nicht ab. Wir sind geschiedene Leute. Übermorgen müsst Ihr mit den Kindern fort sein. Die Möbel, die sich in Euern Zimmern befinden, könnt Ihr mitnehmen.

Sie erwiderte nichts, wollte aber meine Hand erfassen und vor mir auf die Knie sinken. Hinaus! schrie ich, und zwar mit einer solchen Stimme, dass sie auch schon, wie geflogen, aus dem Zimmer war. Nun hatte ich Ruhe. In zwei Tagen war sie fort.

Ihr Wegziehen machte natürlich das grösste Aufsehen. Kein Mensch ausser dem jungen Schurken wusste es sich zu erklären; vorwitzige Frager fertigte ich kurzweg ab. Aber der Herr Ritter von Artner liess mich zu sich bescheiden und wollte wissen, was da vorgefallen sei. Ich antwortete mit aller Ehrerbietung, doch in einem Ton, der weiteres Forschen abschnitt: Herr Ritter von Artner, das geht mich allein an. Er stutzte und schien ungehalten. Aber er besann sich und sagte: Allerdings geht das Sie allein an. Sie werden Ihre Gründe gehabt haben. Ganz gewiss, erwiderte ich und empfahl mich. Damit war die Sache abgetan."

"Leider noch nicht", sagte der Richter. "Die Hauptsache kommt erst."
(Fortsetzung folgt.)

=====
SPD. Freundliche Kritik. "Was halten Sie von dem jungen Maler K.?" wurde eines Tages Max Liebermann gefragt.

"Is mir ganz sympathisch", sagte der Altmeister, "er bildet sich wenigstens nischt auf seine Malerei ein, und det is ziemlich selten, wenn einer nischt kann."

=====